

Gelungene Versöhnung - unsichere Zukunft? Zur Raison d'être der deutsch-französischen Beziehungen in der neuen Europäischen Union

Stammer, Silke; Thomas, Johannes; Nordenskjöld, Fritjof von; Schwall-Düren, Angelica; Goulard, Sylvie; Schockenhoff, Andreas; Cameron, Fraser; Krzeminski, Adam; Lequesne, Christian; Kohl, Helmut

Veröffentlichungsversion / Published Version
Themenheft / topical issue

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stammer, S., Thomas, J., Nordenskjöld, F. v., Schwall-Düren, A., Goulard, S., Schockenhoff, A., ... Kohl, H. (2005). Gelungene Versöhnung - unsichere Zukunft? Zur Raison d'être der deutsch-französischen Beziehungen in der neuen Europäischen Union. *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, 4/2005, 12-53. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-217159>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Dossier

Gelungene Versöhnung – unsichere Zukunft?

Zur Raison d'être der deutsch-französischen Beziehungen in der neuen Europäischen Union

SILKE STAMMER / JOHANNES THOMAS

Unter dem Titel dieses Dossiers fand am 14. Juni 2005 in den Räumen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin ein gemeinsam von der DGAP, der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit (GÜZ), dem Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.) und der Zeitschrift DOKUMENTE veranstaltetes Kolloquium zu Ehren von Joseph Rován statt. Es schien den Veranstaltern dieses Kolloquiums angemessen, statt einer üblichen Gedenkveranstaltung eine Reflexion auf die Themen und Probleme hin durchzuführen, die den vor einem Jahr verstorbenen langjährigen Präsidenten von B.I.L.D./GÜZ sein Leben lang bewegt und begeistert haben. Es sollte darum gehen, Antworten auf die Frage nach der Zukunft der besonderen Rolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit in und für ein erweitertes Europa zu finden. Diese Frage schien sich im bewusst geplanten zeitlichen Kontext des Kolloquiums umso dringlicher zu stellen, als Frankreichs Bürger kurz zuvor, per Referendum am 29. Mai, mit großer Mehrheit den europäischen Verfassungsvertrag abgelehnt hatten.

Die Podien waren mit Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Angelica Schwall-Düren und dem Vorsitzenden der deutsch-französischen Parlamentariergruppe Andreas Schockenhoff (CDU) von deutscher Seite aus politisch

hochrangig besetzt, während von französischer Seite Sylvie Goulard vom Institut d'Études Politiques de Paris und Christian Lequesne vom Centre français de recherche en sciences sociales in Prag anwesend waren. Zur Bewertung und Perzeption der Rolle des deutsch-französischen Duos in der Außensicht vertraten Fraser Cameron vom European Policy Centre in Brüssel und Adam Krzeminski von der „Polityka“ in Warschau die wissenschaftliche beziehungsweise publizistische Wahrnehmung durch die Partner. Diese unterschiedliche Aufteilung zwischen den deutschen und französischen Vertretern geht nicht so sehr auf Vorlieben der Veranstalter als vielmehr auf eine entsprechende Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der Mittlertätigkeit von Joseph Rován zurück.

Bei der Transkription und redaktionellen Bearbeitung der Reden hat die Redaktion Wert darauf gelegt, den lebendigen Fluss des mündlichen Vortrags weitestgehend beizubehalten, um den Lesern auf diese Weise einen Eindruck von der Atmosphäre des Kolloquiums zu vermitteln.

Mit der Publikation der hier versammelten Redetexte will DOKUMENTE das Erbe Rováns pflegen helfen, das nach den Worten Helmut Kohls darin liegt, dass man das Bewusstsein für die existenzielle europäische Funktion Frankreichs und Deutschlands schärft und damit zugleich in wenn auch

noch so bescheidener Weise einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft leistet.

Dass die von vielen Teilnehmern als besonders erfolgreich eingeschätzte Veranstaltung überhaupt in der geplanten Weise durchgeführt werden konnte, ist der engen Kooperation mit Dr. Martin Koopmann vom Forschungsinsitut der DGAP (Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen) sowie der großzügigen Förderung durch die Robert Bosch Stiftung zu verdanken, die, wie Peter Theiner einleitend ausführte, seit Jahrzehnten der Arbeit von Joseph Rován eng verbunden gewesen ist.

Fritjof von Nordenskjöld wies seinerseits einleitend auf die besondere und enge Beziehung hin, die ihn persönlich während der Zeiten seiner Tätigkeit in der Pariser Botschaft mit Rován verbunden hat.

Hinsichtlich der inhaltlichen Ergebnisse des Kolloquiums springen zwei Dinge ins Auge: Erstens die Tatsache, dass keiner der Intervenenten – über alle sonstigen Unterschiede und Gewichtungen in der Analyse der Gründe und Konsequenzen des Referendumsergebnisses hinweg –, in Bezug auf die Frage des ersten Podiums „Neustart oder Ende einer Sonderbeziehung?“ die Sonderrolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union grundsätzlich infrage gestellt

sieht: Weder durch die Erweiterung, noch durch das vorläufige Scheitern der Europäischen Verfassung.

Zweitens die ungewohnte Schärfe, mit der nahezu alle Referenten die aktuelle Schwäche des deutsch-französischen Duos anprangerten und einen neuen diplomatischen Stil im Umgang mit den anderen Partnern, vor allem mit den kleineren Mitgliedstaaten der erweiterten Union forderten.

Ersteres mag wenig erstaunen, Letzteres jedoch ließ deutlich erkennbar werden, dass das Auftreten des Tandems in der jüngsten Vergangenheit nicht dazu beigetragen hat, das Vertrauen der anderen Mitgliedstaaten zu gewinnen und die Basis für den Grundgedanken der europäischen Solidarität bei der Verfolgung konkreter, gemeinsamer Ziele zu schaffen.

Es geht also, salopp formuliert, offensichtlich nicht so sehr um das grundsätzliche Was der deutsch-französischen Sonderrolle, sondern um das Wie. Ob dies unter einem eventuellen neuen „couple“ Sarkozy–Merkel anders wird, sei dahingestellt. Eine Neujustierung auf die fundamentale Bedeutung und politische Verantwortung für den europäischen Einigungsprozess im Sinne einer auf Konsens und Gewinn für alle Partner ausgerichteten Strategie wäre aber in jedem Fall im Sinne Joseph Rováns.

Dossier

Neustart oder Ende einer Sonderbeziehung?

Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Referendum

EINLEITUNG VON FRITJOF VON NORDENSKJÖLD*

Ich freue mich ganz besonders, dass es uns gelungen ist, gemeinsam diese Konferenz zum Andenken an Joseph Rovin zu organisieren. Meines Wissens ist es die einzige Veranstaltung in Deutschland, die diesem großen Mann diese Ehre erweist. Und weil ich es für so wichtig halte, dass diese Persönlichkeit auch in ihrem zweiten Heimatland gewürdigt wird, bin ich all denen dankbar, die an dieser Konferenz mitgewirkt haben, und Ihnen allen, dass Sie heute gekommen sind.

Ich selbst bin deshalb mit Joseph Rovin sehr verbunden und habe ein ganz besonderes Interesse an dieser Veranstaltung, weil er für mich ein ganz außergewöhnlich wichtiger Ratgeber war. Er hat mich während meiner beiden Aufenthalte in Paris als politischer Gesandter, das heißt als Leiter der politischen Abteilung von 1987–90, also in der strategischen Phase des Mauerfalls, und dann in meiner Zeit als Botschafter von 2001–2004 ganz maßgeblich beraten und war immer ein zuverlässiger, ideenreicher und außerordentlich bereichernder Partner für die ganze Botschaft – er machte da keine Unterschiede zwischen Botschafter und den anderen Mitarbeitern –, aber natürlich ganz besonders für mich, und deswegen möchte

ich mit dieser Konferenz auch eine kleine persönliche Dankesschuld abtragen.

Ich hatte das Privileg, das will ich ruhig sagen, mit ihm in einem großen Rahmen seinen 85. Geburtstag in der Botschaft zu feiern, und ihm im Rahmen des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages das große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband zu überreichen. Das waren die letzten großen Veranstaltungen, bei der wir die Freude hatten, ihn auch noch im Vollbesitz seiner Kraft und seiner geistigen Fähigkeiten zu sehen. Als dann die Nachricht von seinem Tode sehr bald danach kam, waren wir alle erschüttert und überrascht, weil wir ihn eigentlich noch in so lebendiger und frischer Erinnerung hatten. Ich glaube, es ist lohnend, sich mit diesem außergewöhnlichen Mann und seinem außergewöhnlichen Leben zu beschäftigen. Die Bandbreite seiner Lebensstationen und Aktivitäten ist ganz außerordentlich. Von seiner Geburtsstadt München zog er über Wien nach Berlin, dann kam die Flucht 1933 nach Paris, auf Schul- und Studienzeit folgte seine gefährvolle Arbeit in der Résistance, dann seine Internierung im Konzentrationslager Dachau; nach dem Krieg seine Karriere in Frankreich – als Ministerberater, UNESCO-

* Fritjof von Nordenskjöld, Botschafter a.D., ist geschäftsführender stellvertretender Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

Mitstreiter, Chefredakteur, Herausgeber, Kolumnist, Professor – ein ungeheuer vielgestaltiges, immer aktives, immer dynamisches, immer geistig frisches Dasein.

Wir sind natürlich mit dieser Konferenz vom Thema her auch noch einem anderen Kalender gefolgt, wie Sie unschwer feststellen können. Es war absehbar, dass es in Frankreich mit dem Referendum diesmal ähnlich knapp zugehen würde wie seinerseits schon bei der Abstimmung über den Vertrag von Maastricht. Leider ist das Ergebnis diesmal andersherum ausgefallen: erheblich dramatischer noch als bei Maastricht, wo es knapp genug war. Mich selbst, der ich mich seit meinem frühen aktiven Leben sehr mit Europa beschäftigt habe, hat dieses Ereignis in Frankreich zu Boden geschmettert, ich muss es Ihnen wirklich sagen. Ich halte es für eine außergewöhnliche Katastrophe und ich bin eher bedrückt durch die Tatsache, dass es offensichtlich niemand so sehen will. Alle sagen „die Welt geht nicht unter, da muss man eben sehen und so weiter, es wird schon weitergehen, so war es immer in Europa“. Ich halte das für eine Verniedlichung. Wir haben hier eine gewaltige Chance verpasst, wir haben einen großen Schritt zurückgemacht. Nun gibt es ja das Bild der Echternacher Springprozession, ich finde es aber hier auch ein bisschen zu verniedlichend angewandt. Dies ist mehr als nur ein kleiner Schritt zurück, dem zwei Schritte nach vorne folgen werden. Ich bin schon der Meinung, dass wir hier die große Chance hatten, in einer Konstellation, wie sie auch in Europa selten vorkommt, eine Grundlage zu schaffen, um endlich für das große Europa der 25 und mehr den Rahmen und die Instrumente zu schaffen, die dieses große Europa überhaupt erst handlungsfähig und zu einem Gestaltungsfaktor in der globalisierten Welt hätten machen können. Und diese Chance haben wir erst einmal verpasst. Die Frage wird nun eben sein, wie soll man das wieder hinkriegen? Man kann da natürlich an pragmatische

Lösungen denken: Man nimmt die zwei–drei Seiten an wirklich entscheidenden Punkten aus diesem ungeheuer umfangreichen, unlesbaren Konvolut heraus und versucht sie auf andere Weise umzusetzen, aber das ist eine Frage, über die sich die Experten beugen müssen und auch die Politiker. Wir werden ja vielleicht bei der Regierungskonferenz oder bei der Gipfelkonferenz schon mehr dazu hören. Aber eines ist ganz sicher: Wir sind zurückgefallen auf den Vertrag von Nizza, von dem alle überzeugt waren, dass er eben nicht ausreicht für das große Europa, und er wird uns jetzt eine Weile begleiten. Und ich habe eben große Sorgen, dass dies die Dinge doch erheblich komplizierter gestaltet. Denn wir haben, glaube ich, sehr genau hinzusehen, warum es schiefgegangen ist, und da werden viele Dinge deutlich, die wir in der Tat alle versäumt haben und die es jetzt sehr schnell nachzuholen gilt, nämlich Europa bei seinen Bürgern erst einmal wirklich ankommen zu lassen. Und da gilt es sicherlich, die Hausarbeiten sehr energisch anzupacken und nicht zu glauben, wenn man ein bisschen aufräumt zu Hause und die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder in den Griff kriegt, dann wird auch Europa wieder zu seinem Recht kommen. So einfach wird es in Zukunft nicht mehr sein, davon bin ich überzeugt.

Ja und dann kommen wir zur Frage dieses Panels: Was bedeutet das nun alles für das deutsch-französische Verhältnis? Sicher nicht, dass sich unsere Wege hier trennen werden. Im Gegenteil, es ist ganz klar, dass sich hier die deutsch-französische Solidarität ganz besonders bewähren muss, aber bedeutet das nun, dass wir in jedem einzelnen Schritt, den Frankreich jetzt unternimmt, an seiner Seite stehen müssen? Darüber wird hier zu reden sein. Was ist zum Beispiel, wenn Frankreich jetzt eine Reflexionspause einlegen möchte, um erst einmal Ruhe in das eigene Schiff zu bringen? Was ist, wenn Frankreich Tendenzen spüren lässt, seine Politik wieder stärker

zu renationalisieren? Was ist, wenn es auch noch andere Ablenkungsmanöver gibt wie den englischen Rabatt? Sind das alles Schritte, bei denen wir dann Frankreich folgen müssen, sollen? Das werde ich unsere beiden Experten fragen. Und ich bin sicher, wir krie-

gen dafür dann auch die erhofften Antworten. Ich freue mich, dass wir zu diesem spannenden Bereich unserer Konferenz zwei deutsch-französische Expertinnen haben, Frau Dr. *Angelica Schwall-Düren* und Frau *Sylvie Goulard*.

Gemeinsame Herausforderung nach dem 29. Mai

Es gilt, die anderen Länder mitzunehmen

ANGELICA SCHWALL-DÜREN*

Ich bin von Natur aus Optimistin. Natürlich muss man in schwierigen Situationen realistisch bleiben, und ich tue es auch. Aber ich lehne es ab, mich von den Schwarzsehern überzeugen zu lassen, der deutsch-französische Motor der europäischen Integration sei mit der französischen Ablehnung der europäischen Verfassung abgesoffen, oder das europäische Projekt könnte die letzte Erweiterungsrunde nicht überleben.

Mein Vortrag besteht aus drei Teilen: zunächst werde ich darstellen, was ich unter den deutsch-französischen Beziehungen verstehe. Auf der Basis meiner politischen Erfahrung in diesem Bereich möchte ich aufzeigen, warum man zu Recht von einem „Motor“ gesprochen hat und immer noch spricht. Im zweiten Teil werde ich die aktuelle Lage nach dem 29. Mai analysieren: Welche Enttäuschungen wurden zum Ausdruck gebracht? Welche Konsequenzen werden in Frankreich und in Deutschland daraus gezogen? Im letzten Teil werde ich meinem Optimismus treu bleiben: Ich werde nach vorne schauen: Was müssen wir, was können wir noch tun, damit das Projekt Europa nicht still steht, sondern weiter voran kommt?

1. Fundament der europäischen Integration

Zunächst eine kleine Bilanz: Was hat die deutsch-französische Partnerschaft, was anderen bilateralen Beziehungen in Europa, wie etwa der italienisch-französischen, oder der deutsch-österreichischen fehlt? Ist der deutsch-französische Motor nur ein Mythos? Oder haben die beiden ehemaligen „Erbfeinde“ tatsächlich dazu beigetragen, dass die europäische Einigung vorangekommen ist? Ich bin überzeugt, Letzteres ist der Fall.

Und ich bin fest davon überzeugt, dass das deutsch-französische Paar seine Nützlichkeit für Europa gerade auch seiner Gegensätzlichkeit zu verdanken hat. Von Anfang an waren deutsche und französische Interessen durchaus unterschiedlich – und das vor allem vor dem Hintergrund des europäischen Projektes. Gerade deshalb konnte eine deutsch-französische Verständigung als Basis für einen gesamteuropäischen Konsens dienen. Ich denke an die Römischen Verträge, als sich ein landwirtschaftlich geprägtes Frankreich einem Industriestaat Deutschland gegenüber sah. Heute ist die Situation zwar etwas komplizierter geworden, vom Prinzip her laufen Einigungen auf europäischer Ebene aber immer noch genauso ab.

* Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB, ist stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende.

Diese Verständigung, diese auf Zugewinn für alle Seiten orientierte Strategie, war zwar nicht von Anfang an selbstverständlich, hat dann jedoch lange als Zündfunke für das Feuer der europäischen Integration gedient und gereicht.

Der europäische Aufbau braucht keine Vereinheitlichung der nationalen Interessen: Er braucht aber eine fruchtbare und ehrliche Auseinandersetzung, wie wir sie zwischen Deutschland und Frankreich, mit schwierigen Zwischenphasen, immer wieder beobachten konnten. Diese fruchtbare Auseinandersetzung macht eine stabile Entwicklung möglich. Ich denke zum Beispiel an die Industriepolitik, wo die Colbertistische Tradition Frankreichs mit starkem Eingreifen des Staates gegen die deutsche Auffassung verstößt, nach der sich der Staat im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft darauf begrenzen soll, ein günstiges Klima für die Entwicklung der Wirtschaft und des sozialen Dialogs zu schaffen. Trotz der großen Differenzen in diesem Bereich, ich denke beispielsweise an die Fälle Aventis–Sanofi oder Siemens–Alstom, – vielleicht gerade dank dieser Auseinandersetzungen – kann es durch das Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern Fortschritte in der Lissabon-Strategie geben. Als positives Beispiel kann schon jetzt der Erfolg von EADS bezeichnet werden.

Ich komme zur europäischen Institutionen-Debatte: Unsere politischen Systeme sind sehr unterschiedlich: Das französische System des Zentralstaates steht dem deutschem Föderalismus mit seiner komplexen Verzahnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern gegenüber. Außerdem gilt in Deutschland trotz der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers das starke Ressortprinzip. Das semipräsidentielle System in Frankreich lässt dem Parlament viel weniger Raum als das deutsche parlamentarische System. Die bilaterale Kooperation vor dem Hintergrund dieser Unterschiede ist nicht

immer einfach. Die verschiedenen politischen Kulturen sind aber hinsichtlich der Überlegungen zum europäischen institutionellen Aufbau sehr nützlich: Der Transfer der Erfahrungen mit den unterschiedlichen Systemen und ihre dialektische Weiterentwicklung bieten Lösungsansätze für die institutionelle Gestaltung der EU.

Ich denke hier an die deutsch-französische Zusammenarbeit im Europäischen Konvent über die Zukunft der EU: Erstens haben Deutschland und Frankreich gemeinsame Positionen in den Bereichen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und der Innenpolitik (Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes) vorgelegt, die große Fortschritte in den Verhandlungen bewirkt haben. Zweitens haben deutsch-französische Überlegungen im institutionellen Bereich eine Vertiefung der Diskussion mit den anderen Mitgliedstaaten und letztlich eine Einigung ermöglicht: Bei der Debatte um die EU-Präsidentschaft war Frankreich ursprünglich auf die Idee eines Präsidenten des Europäischen Rates festgelegt, unter anderem innerhalb des so genannten „ABC-Vorschlags“ von Aznar, Blair und Chirac, während Deutschland sich auf den Kommissionspräsidenten konzentrierte. Im Januar 2003 haben sich beide Länder auf einen gemeinsamen Vorschlag einer zweiköpfigen Präsidentschaft verständigt. Der Konvent hat diese Idee zwar nicht übernommen, aber immerhin wurde neben der Verständigung auf einen für zweieinhalb Jahre gewählten Ratspräsidenten auch die Rolle des Präsidenten der Kommission im Verfassungsvertrag gestärkt.

Warum betone ich diese Beispiele? Weil sie belegen, dass die deutsch-französischen Beziehungen entscheidend für den Fortschritt der EU sind. Jetzt habe ich aber genug über die Vergangenheit gesprochen und möchte zur aktuellen Situation kommen.

2. Aktuelle Schwäche der deutsch-französischen Beziehungen

Wie lässt sich das Nein des französischen Volkes zur Europäischen Verfassung interpretieren? Mit der für eine Europa-Abstimmung extrem hohen Wahlbeteiligung von 70 Prozent haben sich die Franzosen gegen einen Text ausgesprochen, den Frankreich selbst zusammen mit Deutschland initiiert hatte. Wie bereits erwähnt, waren Deutschland und Frankreich im Konvent sehr aktiv und haben sehr zur Vereinbarung des Textes beigetragen. Heute kann man nur enttäuscht sein, dass die erreichten Fortschritte vom französischen Volk abgelehnt wurden.

Aber wurden sie tatsächlich abgelehnt? Der „Nouvel Observateur“ titelte eine Woche vor dem Referendum: „Die Antwort ist NEIN – aber was ist die Frage?“. Manche fragen sich, ob die Franzosen tatsächlich über das europäische Projekt abgestimmt haben. Bei der ersten Befragung nach dem Referendum gaben 52 Prozent an, aus „wirtschaftlichen und sozialen Gründen“ mit Nein gestimmt zu haben. Die sehr heterogene Front der Verfassungsgegner lässt sich nicht zusammenfassen, aber es ist wichtig zu verstehen, wie „europabereit“ die französische, aber auch die deutsche, die niederländische oder auch die britische und die polnische Bevölkerung ist. Denn das Nein der Franzosen hat einen Schneeballeffekt ausgelöst, der so schnell wie möglich gestoppt werden muss.

Es droht die Verstärkung der Nationalismen. Viele Beobachter analysieren das Nein der Franzosen als Ergebnis einer nationalen Identitätskrise, als Regression auf die französische Nation. Ich sehe es nicht so pessimistisch. Ich glaube zwar, dass das Volk mit seinem Nein ein starkes Signal geben wollte: An die Regierung, an die europäischen Eliten in den Hauptstädten, an das Europa, das so schwer zu verstehen ist, mit seinen demokratischen Defiziten und seiner Intransparenz. Trotzdem wünschten die nach dem Urnengang am Sonntag befragten Wähler zu 72

Prozent eine Fortsetzung der europäischen Integration. Und das ist für mich der entscheidende Punkt: Es gab in Frankreich Wähler, die gegen die Verfassung votiert haben, weil sie sich mehr Europa wünschen. Ich spreche nicht von den Kommunisten oder von den Souveränisten, sei es links mit Jean-Pierre Chevènement oder rechts mit Philippe de Villiers oder Jean-Marie Le Pen. Denn sie waren immer gegen eine Vertiefung der europäischen Integration und sind ihren Ideen treu geblieben.

Ich spreche von jenem Flügel der Linken, seien sie unter den Anhängern der Grünen oder des Parti Socialiste (immerhin 60 Prozent bei den ersteren und 56 Prozent bei letzteren), die sich von den falschen Signalen einiger Politiker haben überzeugen lassen, eine Krise – die so genannte „crise salutaire“ – der europäischen Integration könnte heilsam sein. Um diese Leute müssen wir uns jetzt als Politiker intensiv kümmern: Es sind nämlich die Europa-Enttäuschten, deren Hoffnungen von den europäischen Entwicklungen bisher nicht erfüllt wurden. In Frankreich wie in vielen anderen Mitgliedstaaten – Deutschland ist hier keine Ausnahme – erleben wir eine Entfremdung zwischen der Bevölkerung und der EU, die wir in Enthaltungen, national motivierten Wählerentscheidungen und Protestwahlverhalten wahrnehmen können. Diese Botschaft muss die Politik ernst nehmen.

Welche Folgen hat das Nein für die europäische Integration, und für den deutsch-französischen Motor? Aus dem französischen Nein ergibt sich eine komplexe politische Lage für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die auch dadurch verstärkt wird, dass in Deutschland kein Referendum stattgefunden hat. Dieser Umstand erhöht die Herausforderungen in einer Situation, in der die Regierungen der beiden Länder ohnehin nicht die gleiche parteipolitische Farbe haben. Eine Mehrheit des Ja zur Verfassung in Frankreich hätte die Franzosen zwar nicht

in „Integrationisten“ verwandelt, es wäre aber eine kleine Etappe in Richtung eines politischen Europa gewesen.

Jetzt ist der Schwung zumindest vorerst verloren, auch weil das Nein der Franzosen eine Welle weiterer negativer Reaktionen verstärkt hat, die leider zurzeit zu einer Lähmung des Ratifizierungsverfahrens der europäischen Verfassung führt. Das ist nicht das Ende der EU, auch ohne Verfassung lebt sie – vorläufig – weiter. Es gibt zwar keinen Plan B, aber der Vertrag von Nizza besteht immer noch, und mögliche Szenarien werden unter den Experten entwickelt, wie zum Beispiel die Verabschiedung von Teilen der Verfassung in Vertragsform. Einige Elemente sind schon übernommen, wie die Europäische Verteidigungsagentur, die Anfang 2005 mit der Arbeit begonnen hat, oder die Solidaritätsklausel des Artikels 43 der Verfassung, die schon Teil einer Erklärung der Mitgliedstaaten beim Europäischen Rat am 25. März 2004 nach den Terroranschlägen in Madrid war.

Wir müssen aber meines Erachtens für viele institutionelle Fortschritte, die in der europäischen Verfassung verankert waren, eine Lösung finden: Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Verfassung der notwendigen Vertiefung entsprach und eine Notwendigkeit nach der im Mai 2004 vollzogenen Erweiterung darstellt. Wie schnell eine Ratifizierung letztendlich erfolgen kann, wird davon abhängen, ob die Menschen auf dem Weg mitgenommen werden können.

Das Stichwort Erweiterung bringt mich zu meinem nächsten Punkt. Ein wichtiger Motivationsgrund der Verfassungsgegner ist ihre Wahrnehmung der EU-Osterweiterung. Die Franzosen haben durch die Ablehnung des Referendums ihre Verunsicherung gegenüber den Folgen der Erweiterung zum Ausdruck gebracht. Im französischen Wahlkampf und auch in der deutschen Presse hat das Bild des polnischen Klempners, der dem

französischen oder deutschen Handwerker den Arbeitsplatz wegnehme, eine erhebliche Rolle gespielt. Verschärft wurde diese Diskussion durch den Entwurf einer europäischen Dienstleistungsrichtlinie. Es ist sehr wichtig, die damit verbundene Angst der Menschen zu erkennen. Bei den meisten Menschen steckt hinter den Vorbehalten keine Ausländerfeindlichkeit. Viele Bürgerinnen und Bürger sind aber nicht zuletzt aufgrund hoher Arbeitslosigkeit wegen einer befürchteten Öffnung der nationalen Märkte beunruhigt. Eine solche Öffnung ist jedoch seit der Einheitlichen Europäischen Akte, also seit fast 20 Jahren, Teil der Europäischen Gemeinschaften! Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen jetzt Angst haben, weil ihnen die Vision eines sozialen Europa fehlt, welches die wirtschaftliche Integration ergänzt.

Und damit komme ich zu meinem ersten Teil zurück: Wir müssen den Kern der europäischen Zusammenarbeit, sei es im europäischen oder im deutsch-französischen Kontext, wieder in den Vordergrund rücken. Dieser Kern besteht in der Lösung gemeinsamer Probleme mit dem Ziel, dass alle beteiligten Staaten davon profitieren. Aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sind die Menschen für die populistische Zählung des Wortes „Markt“ im Verfassungstext anfällig geworden. Der Kritik von Gruppen wie ATTAC, die sich gegen ein neoliberales Europa wendet, können und müssen wir entgegen setzen, dass gerade die soziale Sicherung eine tiefere europäische Integration benötigt. Kein europäischer Staat kann allein im weltweiten Wettbewerb bestehen.

Diese Einsicht in die Notwendigkeit eines starken Europa ist in der Öffentlichkeit unterentwickelt. Daran müssen alle Europäer, auch Franzosen und Deutsche, arbeiten. Und damit komme ich zu meinem letzten Teil: der Zukunft.

3. Welche Perspektiven für die Zusammenarbeit?

Zuerst möchte ich auf meine erste These zurückgreifen: Es gibt in Europa keine Alternative zum deutsch-französischen Motor für die Förderung einer politischen Union. Wer könnte sonst eine solche Rolle übernehmen? Polen, ein Land, das ich sehr gut kenne, steht vor Neuwahlen, die mit großer Wahrscheinlichkeit eine europaskeptische Mehrheit bringen werden. Großbritannien wird am 1. Juli die Ratpräsidentschaft der EU übernehmen. Die Briten lehnen aber bisher jedes Konzept einer politischen Union vehement ab. In Italien haben wir mit Berlusconi keine besonders europafreundliche Regierung, und die Spaltung der Linken ist zur Entwicklung eines europäischen Projektes nicht hilfreich.

Dennoch bin ich davon überzeugt, dass die Lösung des demokratischen Defizits nur in der Vertiefung der europäischen Integration zu finden ist. Vor allem muss das Europäische Parlament, wie im Verfassungsentwurf vorgesehen, gestärkt werden. Auch das europäische Bürgerbegehren würde zu einem demokratischeren Europa beitragen.

Zudem verlangen die Lissabon-Ziele eine Verstärkung unserer Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene. Das Ziel eines wettbewerbsfähigen und prosperierenden Europas ist kein Kind einer neoliberalen Doktrin, sondern das Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen. In aktuellen Barometer-Umfragen nennen 54 Prozent der Befragten den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung als vordringlichste Aufgabe der EU. Wichtigster Vorwurf der so genannten „europafreundlichen“ Gegner der europäischen Verfassung war, die EU würde sich zu wenig um Arbeitsplätze und soziale Sicherheit kümmern. Ist dieser Vorwurf falsch? An ihren Kompetenzen in diesen Bereichen gemessen, ist sie sehr wohl bemüht, zur Lösung der bestehenden Probleme beizutragen. Die Kompetenzen liegen zum größten Teil bei den Mitgliedstaaten. Eine abgestimmte

Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es leider nicht. Beide Punkte verlangen nach mehr europäischer Integration.

Die Europäische Union ist für die Mitgliedstaaten die einzige Möglichkeit, auf der internationalen Bühne nicht gegeneinander ausgespielt zu werden. Deswegen sollten Organisationen wie ATTAC, die gegen die negativen Folgen der Globalisierung kämpfen, eigentlich die treuesten Befürworter der politischen Integration Europas und nicht des konservativen Protektionismus' sein.

Deutschland und Frankreich müssen ihre Rolle im erweiterten Europa allerdings wahrnehmen. Viele Kritiker sehen im deutsch-französischen Motor momentan den Versuch, den Führungsanspruch der beiden Länder in der erweiterten Union zu retten. Der Politologe Wolfram Vogel vom Deutsch-Französischen Institut fasst es gut zusammen: Deutschland und Frankreich verfügten nicht mehr über den Legitimitätsvorsprung, der von den anderen Mitgliedstaaten in der Regel akzeptiert wurde. Das formale Gewicht Frankreichs und Deutschlands ist seit der Erweiterung geringer geworden: Sie haben an Einfluss verloren. Zwar leben zusammen genommen in beiden Ländern 30 Prozent der Bevölkerung der EU-25 mit einem Anteil von 55 Prozent am BIP der Eurozone, aber die neue Konstellation hat zur Folge, dass beide Länder, wie die meisten „alten“ Länder, weniger Gewicht innerhalb der europäischen Institutionen haben.

Außerdem verfügen sie seit der Erweiterung nur noch über je einen Kommissar in Brüssel. Auch mit der neuen Verfassung sind Änderungen vorgesehen, die den Einfluss der beiden Länder schwächen: Die neue Ausrichtung der doppelten Mehrheit im Rat und die Anhebung der Staatenquote für die qualifizierte Mehrheit. Darüber hinaus erkennen die 23 weiteren Mitgliedstaaten die deutsch-französische Stimme nicht mehr wie in der Vergangenheit vorbehaltlos an. Während der Irak-Krise im Jahre 2002 wurden Begriffe wie

„das Direktorium“ oder „die Hegemonie“ mit Bezug auf das deutsch-französische Tandem laut. Damit Deutschland und Frankreich neue „Legitimität“ und Anerkennung gewinnen, müssen sie die neuen und vor allem die kleinen Mitgliedstaaten auf ihrem Weg mitnehmen. Diese dürfen nicht den Eindruck gewinnen, es mit einem deutsch-französischen Dompteur zu tun zu haben. Stattdessen ist Fingerspitzengefühl gefordert.

Nachdenken über Europa ist angesagt, hier müssen Deutschland und Frankreich Impulse setzen. In seiner ersten Regierungserklärung hat Premierminister *Dominique de Villepin* am 8. Juni Deutschland als einziges Land zweimal erwähnt: in Bezug auf eine Steuerharmonisierung und bezüglich einer Union mit Deutschland in ausgewählten Politikbereichen. Möglich wäre zum Beispiel die Nutzung des Instruments der verstärkten Zusammenarbeit unter Einbeziehung anderer europäischer Staaten, um eine Art Avantgarde in denjenigen Bereichen zu bilden, in denen wir vorwärts gehen wollen. Beispielsweise im Bereich der Steuerharmonisierung. Impulse dazu können von Deutschland und Frankreich in Zusammenarbeit mit anderen Ländern gegeben werden. Eine Erweiterung auf Polen im Rahmen des Weimarer Dreiecks ist möglich. Beispiele für ein solches Handeln bestehen bereits: mit Großbritannien in der Verteidigungspolitik oder mit Spanien, Italien und Großbritannien im Bereich der Innenpolitik. Die Eurozone und der Schengen-Raum sind andere Beispiele. Doch ist eines immer zu beachten: Eine solche Zusammenarbeit sollte nicht ein „Europa à la carte“ bilden. Und ein solcher Prozess muss offen für alle Mitgliedstaaten bleiben.

Einen wichtigen Impuls sollten Frankreich und Deutschland gerade angesichts des Referendumsergebnisses setzen: Die EU muss für die Menschen nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung für durch die Globalisierung auftretende Probleme sichtbar werden. Der Binnenmarkt muss von

Maßnahmen flankiert werden, damit die Menschen ihn als Chance und nicht als Bedrohung erleben können. Ein solches soziales Europa bedeutet aber nicht die Erfüllung der nationalen Wünsche Deutschlands oder Frankreichs: *Alfred Grosser* bezeichnete die europäischen Integration als einen gegenseitigen Gewinn im Gegensatz zu einem Nullsummenspiel: Ein Nicht-Nullsummenspiel enthält ein wichtiges Element, das heute leider oft zu kurz kommt: die Solidarität. Es reicht nicht, am nationalen Sozialmodell festzuhalten. Wir müssen auch bereit sein, Kompromisse einzugehen und andere Staaten mitzunehmen.

In dieser Hinsicht muss sich das deutsch-französische Projekt heute mit einer höchst wichtigen Entscheidung befassen: der finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2007–2013. Dies ist die erste große Verhandlung nach der EU-Erweiterung. Hier müssen Deutschland und Frankreich ihre Fähigkeit zeigen, zu einer von allen Mitgliedstaaten annehmbaren Lösung zu kommen. Deutschland hat sich bereits bewegt. Was kommt jetzt als Angebot von Präsident *Chirac*?

Deutschland und Frankreich waren lange durch die Dialektik, die sich aus ihren sehr unterschiedlichen Systemen ergibt, Wegbereiter für europäische Entscheidungen, in denen sich die EU-Partner wiederfinden konnten. Jetzt befinden sie sich in einer Situation, in der paradoxerweise die Vertiefung der europäischen Integration von den Bevölkerungen nicht mitgetragen wird, wohl auch, weil die Bürger die Auswirkungen der Erweiterung fürchten. Dabei gehören Vertiefung und Erweiterung zusammen! Die EU muss stärker politisiert werden, um sie als demokratisches Projekt in den Bevölkerungen zu verankern. Das ist die Lehre des gescheiterten Verfassungsreferendums in Frankreich. Es ist Aufgabe Deutschlands und Frankreichs, den Mut zu politischer Führung zu haben, damit der Geist der europäischen Gründerväter nicht verloren geht.

Europa ernst nehmen

Die deutsch-französische Führungsrolle ist nicht verhandelbar

SYLVIE GOULARD*

Meine Damen und Herren, das Timing dieser Veranstaltung ist ideal, das Ergebnis des Referendums ist es nicht. Kein Zweifel, Frankreich befindet sich derzeit in einem Schockzustand, das muss man sich klar machen, auch wenn die Debatte einige positive Seiten hatte, wie ich unterstreichen möchte. Frau Schwall-Düren hat sehr richtig gesagt, dass wir die Europäische Union politischer gestalten müssen. Machen Sie sich deswegen keine Sorgen. Bei einem Referendum findet eine echte, tiefgreifende politische Debatte statt, wobei manchmal viele Lügen, Illusionen und populistische Parolen aufkommen, die nicht unbedingt der positivste Aspekt demokratischer Diskussionen sind.

Wir müssen uns jedenfalls klar machen, dass wir uns alle (nicht nur die Franzosen) in einer tiefen Krise befinden, einer „stummen Krise“, denn es besteht kein institutionelles Vakuum und damit kein Risiko, dass jeder jetzt für sich seine eigenen Wege geht, jedenfalls nicht jetzt gleich. Dennoch müssen wir uns die Schwere der Lage klar machen. Hauptgefahr wäre, dass man in Deutschland

nicht wahrnimmt, was sich in Frankreich abgespielt hat. – Dies ist natürlich kein Vorwurf, nur eine Folge der getrennten Ratifikationsverfahren.

Diese stumme Krise kann aber auch von Vorteil sein. Wir müssen uns jedoch Zeit nehmen, an einer Lösung zu arbeiten. Sie werden jetzt in Deutschland legitimerweise mit Ihren Wahlen beschäftigt sein, wenn sie denn im September stattfinden, und wir haben in Frankreich, um es höflich zu formulieren, bis 2007 einen „Übergang“ zu bewerkstelligen.

Ich möchte im Folgenden drei Klischeevorstellungen anfechten. Die erste lautet: Das, was jetzt geschehen ist, sei ein Anzeichen für tiefgehende deutsch-französische Divergenzen. Ihr habt mit Ja gestimmt, wir mit Nein. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wäre zuende. Die zweite Vorstellung lautet: Die Erweiterung der EU relativiere die Bedeutung der deutsch-französischen Sonderbeziehung, und die dritte: Die Lösung läge in „weniger Europa“. Zum Abschluss werde ich dann versuchen, positive und konstruktive Vorschläge zu machen.

* Sylvie Goulard ist Dozentin am Institut d'Études Politiques de Paris (IEP) und am Europa-Kolleg Brügge. Übersetzung durch die Redaktion.

Keine deutsch-französische Divergenz

Zum ersten Punkt muss betont werden, dass die aktuelle deutsch-französische Divergenz, diejenige zwischen dem Ja und dem Nein zur EU-Verfassung, nur eine scheinbare ist. Noch einmal, es geht nicht darum, die Verantwortung der Franzosen klein zu reden, darum geht es hier ganz und gar nicht. Rechtlich betrachtet stimmt es natürlich: Deutschland hat im Bundestag mit seinen 569 Abgeordneten mit Ja gestimmt, und Frankreich hat Nein gesagt. Das gewählte Abstimmungsverfahren ist an diesem Unterschied aber nicht unschuldig. Die Art und Weise, wie der französische Kongress, also die Versammlung von Parlament und Senat, über die Reform der französischen Verfassung im Winter 2005 abgestimmt hat, beweist, dass man im Parlament für den Verfassungsvertrag ebenfalls eine überwältigende Mehrheit gefunden hätte. Auf der anderen Seite bin ich ziemlich sicher, dass eine Referendumsdebatte auch in Deutschland bei gewissen Themen ebenso wie in Frankreich und auch den Niederlanden aus dem Ruder hätte laufen können. Ich denke dabei an Themen wie „Euro ist Teuro“, den deutschen Beitrag zum EU-Haushalt, die Türkeifrage, die Arbeitslosigkeit oder die fehlende Popularität der Regierung.

Bei meinen häufigen Diskussionsveranstaltungen im Rahmen der Kampagne für das Ja habe ich feststellen können, dass wir uns klar machen müssen, wie tief die Enttäuschung der Bürger überall in der EU reicht. Das ist ein Problem, das wir gemeinsam ernsthaft angehen und lösen müssen. Wir sind in der Tat heute nicht in der Lage, auf die Frage zu antworten, wozu Europa gut ist. Das ist keine komplizierte, sondern eine ganz normale Frage, und wir haben keine Antwort parat. Und weshalb müssen wir darauf als Franzosen und Deutsche antworten können? Eben deshalb, weil bis jetzt die Antwort ziemlich einfach war: Zuvor diente Europa dazu, den Frieden zwischen uns zu sichern. Und

das ist über alle Erwartung hinaus gelungen. Wir finden uns heute als Opfer unseres Erfolges wieder, unfähig, den Leuten zu erklären, weshalb wir die Europäische Union weiter ausbauen wollen.

Ich denke, man muss jene gängige Vorstellung bekämpfen, wonach man Europa gegen den Willen der Völker geschaffen hätte. Anfänglich war eine große Zustimmung der Völker zu Europa vorhanden, weil es eben eine tiefe Übereinstimmung hinsichtlich der Ziele des Friedens und der Aussöhnung gab, und zwar ganz unabhängig von den Details der europäischen Verfahrensmodalitäten, der Größe der Kommission etc. Und nun liegt die deutsch-französische Verantwortung darin zu erklären, was wir in Zukunft zu tun gedenken. Denn die Frage, die die Leute stellen, lautet: Wozu dient Europa in der globalen Welt? Ist Europa etwas, das eine Ganzheit darstellt, innerhalb derer Entscheidungen getroffen werden mit Auswirkungen nach außen und mit interner demokratischer Kontrolle und einem öffentlichen Raum für Diskussionen? Oder ist es eine Art Zwischenglied in einem undeutlichen Netz, das ein wenig ans Web erinnert, auf das alle zugreifen. Das ist die fundamentale Frage.

Man darf sich keine Illusionen darüber machen, dass die französische Ablehnung des Verfassungsvertrags seine Chancen zu überdauern ziemlich reduziert hat. Dabei war die nötige Analyse der Situation bereits durchgeführt worden: Als in Laeken der Konvent auf den Weg gebracht wurde, hat die Europäische Union einen der scharfsinnigsten und am wenigsten selbstgefälligen Texte angenommen, die jemals geschrieben wurden. 15 Staats- und Regierungschefs haben damals schwarz auf weiß notiert, dass es so wie bisher nicht weitergehe, dass es so gegenüber den Bürgern nicht vertretbar sei, dass man mehr Einfachheit, mehr Demokratie benötige. Zu dieser gemeinsamen Analyse müssen wir zurückkehren: Wir haben nicht die Wahl, im jetzigen Zustand zu verharren.

Keine Relativierung durch die EU-Erweiterung

Ich komme nun zur zweiten Klischeevorstellung, wonach die EU-Erweiterung die Bedeutung der deutsch-französischen Sonderbeziehung relativiere. Das können Sie in allen guten Zeitungen lesen, besonders denen, die auf lachsfarbenem Papier in London gedruckt werden. Da liest man: Kein Zweifel, das Deutsch-Französische ist tot, Frankreich ist tot, kurz, der ganze Kontinent ist ein Friedhof¹. Die Tatsache, dass wir nun 25 sind, stellt zwar einen nicht zu vernachlässigenden Aspekt dar. Das ist nicht einfach nur eine Nebenerscheinung. Die Notwendigkeit, unterschiedliche Positionen auf einen Nenner zu bringen, die anderen einzubeziehen, ihnen Erklärungen zu geben, sie zu überzeugen, ist offensichtlich noch dringlicher als zuvor. Doch auch früher, als man das Deutsch-Französische noch richtig betrieb, nahm man alle diese Anstrengungen auf sich. Es genügt, die Memoiren von Jacques Delors zu lesen, um zu sehen, dass die Überzeugungsarbeit gegenüber den anderen schon immer eine Art Prinzip in Europa gewesen ist. Und jetzt ist diese Arbeit viel komplizierter geworden, wo wir zahlreicher sind, aber es gibt dazu keine Alternative. Das hat mir meine Brüsseler Erfahrung bestätigt.

Eben deshalb muss man zunächst das Deutsch-Französische richtig betreiben, denn wenn man das nicht tut, dann kann es schnell zu einer nutzlosen Last im Zentrum Europas werden. Und das kann sich Europa nicht erlauben. Es gibt keine Alternative zur deutsch-französischen Zusammenarbeit für Europa. Die Alternative wäre, dass Europa nicht vorankommt. Aber, was man in den letzten Jahren unternommen hat, das verbirgt meines Erachtens hinter einer Fassade der Übereinstimmung und Harmonie tiefreichende Divergenzen, und das ist sehr bedenklich. Derzeit existiert zwischen beiden Ländern so etwas wie eine „Konvergenz des Versagens“. Alfred Grosser hat kürzlich einen

Artikel geschrieben mit dem Titel „Der Blinde und der Lahme“. So stellt sich das deutsch-französische Duo in der Tat heute dar. Die gegen die anderen Partner gerichteten Angriffe, die Bereitschaft, die Gemeinsame Agrarpolitik gegenüber allen zu verteidigen, ohne auch nur eine Geste des Entgegenkommens zu machen, sich von den Zwängen des Stabilitätspaktes zu befreien usw., – das alles ist kein vorbildliches Verhalten.

Aber andererseits, wenn dies alles einmal gesagt ist und zwar ohne Nachsicht, dann bleibt doch die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit im europäischen Einigungsprozess, besonders auch deshalb, weil Großbritannien keine Alternative anbietet. Die Analyse, die vom französischen Referendum und dem Verzicht auf ein Referendum in Großbritannien gemacht worden ist, ist sehr eigenartig. England erspart sich in der Tat eine Debatte über Europa, obwohl es das Land ist, das eine solche Debatte am dringendsten nötig hätte. Alle Eurobarometer zeigen einen deutlichen Unterschied zwischen den britischen Einstellungen und denen der anderen Mitgliedstaaten. Diese verteilen sich zwar über ein gewiss recht breites Spektrum, aber hinsichtlich der Zustimmung zu einzelnen Projekten, des Gefühls der Zugehörigkeit zu Europa und einer ganzen Menge von weiteren Punkten gibt es doch eine große Übereinstimmung. Und nur ein Land, Großbritannien befindet sich in einer Sondersituation. Großbritannien hätte umso mehr eine Klärung und eine öffentliche Debatte gebraucht, als es dort eine Presse gibt, die Wahnvorstellungen kolportiert. Was aber am meisten an der Londoner Analyse verblüfft, ist, dass es dort Leute gibt, die glauben, dass sie Anführer eines politisch schwachen Europas sein könnten. In einem bloßen Netz von Staaten gibt es jedoch keine Führungsrolle. Darin eben liegt die Widersprüchlichkeit ihrer Argumentation. Diese Widersprüchlichkeit ist sehr bedauerlich, und ich sage das ohne jede Animosität den Briten

gegenüber. Denn wir bräuchten unbedingt ein starkes Engagement von Seiten eines Landes, das enorm viel Talent, Erfolg und auch Perspektiven für Europa im globalen Kontext aufzuweisen hat.

Um auf das deutsch-französische Verhältnis zurückzukommen, so stimmt es eben nicht, dass es durch die Erweiterung relativiert worden wäre, sondern das deutsch-französische Duo hat umgekehrt die Konsequenzen der Erweiterung relativiert. Ich glaube, dass hier das Hauptproblem der letzten Jahre liegt. Der Grundfehler lag darin, dass man 1993 in Kopenhagen einen Weg eingeschlagen hat, der meiner Meinung nach ein Irrweg war. Was man dort beschlossen hat, war sehr unausgewogen. Als Voraussetzung für den Beitritt der neuen Mitgliedsländer wurden drei gewichtige Kriterien aufgelistet, während es auf Seiten der Europäischen Union nur ein sehr vages Engagement gab, den Schwung des Integrationsprozesses beizubehalten. Man hätte doch wenigstens versuchen können, sich bewusst zu machen, dass man die Anstrengungen teilen musste. Das hätte aber den Europäern sehr viel größere Anstrengungen abverlangt, als sie zu erbringen bereit waren.

Außerdem fehlte – Frau Schwall-Düren hat das sehr richtig angemerkt – ein wichtiger Punkt in den Kriterien von Kopenhagen, die ich noch einmal rasch auflisten will. Da ist zunächst das politische Kriterium, das heißt die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie der Minderheitenschutz; zweitens das wirtschaftliche Kriterium, das heißt die Fähigkeit, in der Marktwirtschaft zu bestehen, und drittens das Acquis-Kriterium: die Übernahme des bisherigen Gemeinschaftsrechts. Sie finden aber nirgends die Idee, dass es in Europa eine Gesellschaft gibt und dass die Beachtung der Wettbewerbsregeln oder die Fähigkeit, sich in einer Marktwirtschaft zu behaupten, noch lange nicht ausreicht, die Menschen miteinander so zu verbinden, dass

sie miteinander leben. Dass wir uns in diesem Moment nicht der Frage zugewandt haben, welche Gesellschaft wir in Europa errichten wollen, in einem Europa, das bereits ein hohes Niveau an politischer und wirtschaftlicher Integration erreicht hat, das war meiner Ansicht nach ein fundamentaler Fehler.

Der andere fundamentale Irrtum lag darin, dass man rein gar nichts über die geteilte Souveränität und die Supranationalität gesagt hat. Man hat wenig vorausschauend gehandelt, wenn man dachte, dass Länder, die ihrer Souveränität durch die Sowjetunion oder in Konsequenz des Kommunismus beraubt worden waren, supranationale Regeln akzeptieren würden ohne enorme pädagogische Anstrengungen, ohne dass man darauf insistierte. Daher kommen natürlich heute diese karikaturistischen Vorstellungen wie „Alle Polen sind Klempner, und sie sind alle Atlantiker“. Zu ihrer Verehrung für die Vereinigten Staaten konnte man die schlimmsten Sachen hören, was aber meines Erachtens ziemlich natürlich ist bei Ländern, die in Europa keinerlei Sicherheitsgarantie bekommen haben und eine bessere Behandlung von unserer Seite verdient hätten.

Diese fehlende Pädagogik vor der Erweiterung bringt mich zu meinem Lieblingsthema, der Türkei. Hier liegt die deutsch-französische Nicht-Diskussion in absolut konzentrierter Form vor. Hier haben wir alle Aspekte beisammen. So hat man zum Beispiel nie darüber gesprochen, wo die Grenzen Europas liegen. Wenn Sie aber im hintersten Winkel der France profonde auf einer Diskussionsveranstaltung sind und ein Teilnehmer Ihnen sagt „Ich habe in mein Lexikon geschaut, Madame, bevor ich hierher kam, weshalb wollen Sie ein Land in der Europäischen Union haben, das gemeinsame Grenzen mit dem Iran und dem Irak hat?“, was antworten Sie dann diesem Herrn? Wollen Sie von geostrategischer Bedeutung sprechen, wie man das auf Veranstaltungen für Fachleute tut wie hier in der DGAP? Nein, so werden Sie

ihn nicht überzeugen können. Und wenn Sie ihn nicht überzeugen, dann wird er eben mit Nein stimmen.

Hinsichtlich der Konsequenzen eines türkischen Beitritts für das europäische Projekt gilt das Gleiche. Auch darüber hat man nicht gesprochen. Ich sage nicht, dass ein Beitritt der Türkei nicht machbar wäre, aber wer hat denn wirklich eine Untersuchung zu den Auswirkungen gemacht? Niemand, nicht einmal die Kommission, von der man sie doch erwartet hätte. Was die institutionelle Machbarkeit betrifft, so hat uns niemand gesagt, wie das Problem „große Länder–kleine Länder“ gelöst werden soll. Dabei ist das kein sekundäres Problem. Es beschäftigt uns immerhin seit etwa zehn Jahren bei unseren Diskussionen über die Institutionen. Und nun will man ein sehr großes Land beitreten lassen. Ich habe aber bis heute noch keinen deutschen Abgeordneten getroffen, der mir gesagt hätte, das sei im Grunde für ihn kein Problem, wenn ein Land beiträte, das bevölkerungsreicher ist als Deutschland, noch dazu die Türkei und dass man noch dazu für dieses Land bezahlen muss, weil es das Land ist, das am ärmsten ist. Kurz und gut. Man hat diese Frage, die doch von fundamentaler Bedeutung ist, die Auswirkungen auf das Identitätsbewusstsein hat und den Extremisten eine breite Schneise bietet, auf ganz unverantwortliche Weise behandelt. Das erwähne ich nur um zu sagen, dass der Türkei-Beitritt alles andere als eine klare Sache ist. Ich denke also nicht, dass man über alles ausführlich genug geredet, sondern im deutsch-französischen Dialog wie bei der Erweiterung vieles vernachlässigt hat.

Zu viel EU?

Der letzte Punkt und die letzte Klischeevorstellung, die ich demontieren möchte, ist die Behauptung, in der gegenwärtigen Lage sei „weniger Europa“ die Lösung. Sie haben vielleicht in „Le Monde“ am 9. Juni gelesen, dass

Hubert Védrine, ehemaliger sozialistischer Außenminister, die Gelegenheit beim Schopf gepackt hat, uns zu sagen, dass „zuviel Europa“ Schuld am Referendumsergebnis und der ganzen Europakritik sei, dass es Leute gebe – der Titel seines Beitrags lautete „Sortir du dogme européen“ – , die eine dogmatische Sicht von Europa hätten, dass Europa ein Art Heiliger Gral gewesen sei. Solche Aussagen finde ich doch etwas waghalsig². Denn, offen gesagt, ich möchte gerne wissen, ob wir tatsächlich in den letzten Jahren so viele Leute gehabt haben, bei denen der Glaube an Europa tief verwurzelt war. Um nur ein paar Beispiele zu nennen, da hatten wir Védrine, der Joschka Fischer einen „Rattenfänger“ („joueur de flûte“) schimpfte, Raffarin, der die Kommission in Brüssel als „Auslandsamt“ bezeichnete, das Beispiel Jacques Chiracs – ich zähle jetzt nur französische Beispiele auf, aber es gibt weitere anderswo –, und da war die Art und Weise, wie man Wim Duisenberg nach halber Mandatszeit aus seinem Amt gedrängt hat, oder die Haltung Frankreichs und Deutschlands zur Wirtschafts- und Währungsunion, die nicht wenig zum Nein der Niederlande beigetragen hat.

In Deutschland sind die Angriffe anders, aber auch manchmal schädlich. Hier würde ich es nicht wagen zu sagen, dass eine Klärung der Kompetenzen der Union nicht nützlich wäre, noch, dass man in einem so großen Ganzen nicht wissen müsse, welche Ebene was macht, aber ich würde doch dazu ein paar Bemerkungen machen wollen: Ich habe das Gefühl, dass man die Subsidiarität in letzter Zeit einseitig interpretiert hat. So ist Herr Schäuble, den man wirklich nicht verdächtigen kann, ein Europagegner zu sein, dahin gekommen, eine Art „Europa-Bashing“ zu betreiben, wie die Engländer sagen würden. Ich hatte 2001 auf das Schäuble-Bocklet-Papier deswegen negativ reagiert. „Wenn man von montags bis samstags sagt, dass Europa seine Aufgaben schlecht erledigt,

dann muss man sich nicht wundern, wenn man bei einem Referendum am Sonntag Probleme bekommt“, hat Herr Barroso mit Recht gesagt.

Das Subsidiaritätsprinzip muss in beiden Richtungen funktionieren, das heißt es ist zwar wichtig, dass die Europäische Union sich nicht um alles kümmert, aber die Verteidigung, die Außenpolitik, eine Wirtschaftspolitik als Gegenstück zur Gemeinsamen Währung, das muss auf europäischer Ebene gemacht werden. Die systematisch einseitige Verwendung des Subsidiaritätsprinzips hat Europa enorm geschadet. Und an dieser Stelle lade ich die Deutschen und Franzosen ein, vor ihrer eigenen Tür zu kehren. Denn leider hat sich die Debatte in Deutschland in den letzten Jahren völlig unsinnigerweise um die Kompetenzabgrenzung gedreht. Im Licht des französischen Referendums muss ich Ihnen leider sagen, dass das die Bürger vollkommen gleichgültig lässt. So hatte ich zum Beispiel geglaubt, ein wichtiges Argument für die Zustimmung zum Verfassungsvertrag sei, dass die Vertreter der nationalen Parlamente im Konvent in der Mehrheit waren, und zwar nicht nur solche der Parteien an der Macht, sondern auch solche aus der Opposition. Dies hat leider dem Text nicht die geringste Legitimität verliehen. Wenn der Storch ihn in einem Körbchen gebracht hätte, wäre es genau dasselbe gewesen.

Außerdem, was die Rolle der nationalen Parlamente im neuen System angeht, so hätte man denken können, dass die Kompetenzabgrenzung plus die Rolle der Parlamente im Vertrag Garantien darstellen würden. Aber auch hier herrschte ein totales Desinteresse. Vielleicht hätten sich die Dinge in Deutschland anders entwickelt, das will ich nicht bestreiten. Aber wenn man auf den Hauptgrund für die Nein-Stimmen in Frankreich schaut – laut SOFRES war es für 46 Prozent die Angst vor der Arbeitslosigkeit –, dann hat man den Eindruck, die Leute pfeifen auf institutionelle Reformen. Was sie wollen, das sind Ergeb-

nisse in der Substanz und auf konkreten Politikfeldern. Wie Sie, Frau Schwall-Düren, sehr richtig gesagt haben, gibt es vor allem im sozialen Bereich erhebliche Erwartungen. Man wollte wirklich – wie es manchmal, allerdings ohne jeden Realitätsbezug, vom Rand der französischen Linken formuliert worden ist – mehr Sozialpolitik auf der europäischen Ebene. Hier lagen die Politiker komplett daneben und haben argumentiert, das Soziale bleibe in nationaler Verantwortung und das würde die Interessen der Leute sehr viel besser schützen.

Ich selbst habe auch keine Lösung anzubieten, nur das Zeugnis meiner Erfahrung, aber ich glaube, dass man sich davor hüten sollte, sich auf solchen Irrwegen zu verlaufen. Wenn die Europäische Union jedem einen Job gibt und es zu Wirtschaftswachstum kommt, wird es meines Erachtens sehr viel leichter sein, Europa zu verkaufen, als wenn man ein außergewöhnlich gut durchdachtes System demokratischer Legitimation erfindet, das zur Hälfte, aber nicht vollständig, föderal und auf mehreren Ebenen angelegt wäre. Man sollte endlich mit der radikalen Europakritik aufhören und anfangen, auch in den akademischen und politischen Milieus, die Kritik vorsichtig zu dosieren – Kritik, ja, aber eine systematisch betriebene Kritik, die wird zu nichts führen.

Nun – um jetzt zum Schluss den Versuch zu machen, konstruktiver zu werden – was kann man im deutsch-französischen Verhältnis tun? Zunächst muss man die Kritik Dritter am deutsch-französischen Vorgehen akzeptieren. Denn wir haben in den letzten Jahren zuletzt schlecht agiert. Wenn wir uns so verhalten, dann sind wir weit entfernt vom Geist der Gründerväter. Deshalb will ich gerne der Kritik am Vorgehen der letzten Jahre zustimmen, aber nur am Vorgehen. Nicht am Grundprinzip der Rolle Frankreichs und Deutschlands. Das ist eine Sache, die nicht verhandelbar ist. Kant hätte gesagt, das ist ein kategorischer Imperativ, das ist eine morali-

sche Pflicht. Es ist unser Projekt gewesen, wir haben es bis zu einem bestimmten Punkt vorgebracht, und wenn es andere gibt, die gute Ideen haben, ist das sehr gut, lässt uns mit jedermann zusammenarbeiten. Aber in diesem Punkt, hinsichtlich der Rolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit, müssen wir wieder das Vertrauen in uns finden.

Und das lädt uns ein, neue Wege zu gehen, und zwar in jeder Richtung. Wir müssen endlich – und es hat mich sehr bewegt, dass Sie exakt den gleichen Ausdruck verwendet haben – **Europa ernst nehmen**. Seit 50 Jahren leisten wir etwas Außerordentliches, was in der ganzen Welt als etwas Außerordentliches untersucht wird. Aber derzeit basteln wir nur herum, ganz und gar, und das in sehr vielen Bereichen. Ich will einige auflisten: Zunächst der menschliche Aspekt. Es gibt kein Unternehmen, das mit seinen menschlichen Ressourcen so umgeht, wie das die Europäische Union getan hat, als sie versuchte, ihre Bürger in die Gemeinschaftskonstruktion einzubeziehen. Seit Jahren spricht man davon, etwas für den Fremdsprachenunterricht zu tun. Ich weiß sehr wohl, dass diese Forderung in allen offiziellen Erklärungen steht, aber man muss sie endlich ernst nehmen. Auch brauchen wir ein Minimum an europäischer Staatsbürgerkunde. Man hört haarsträubende Dinge in der französischen Debatte. Aber ich glaube verstanden zu haben, dass es in Deutschland auch einige Politiker gibt, die über die Verfassung nicht recht im Bilde waren.

Man muss derzeit besonders auf die „Software“, auf das Programm achten, das man im Kopf hat. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass der Nationalismus wieder dabei ist, schick zu werden. Er wird schick in verschiedenen Formen. Es gibt den Schick von Rechts, und es gibt den Schick von Links. Man findet auf beiden Seiten ebenso viel Xenophobie und geistige Beschränktheit. Da gibt es zum Beispiel Bewegungen wie Attac, die unsere De-

mokratie beschädigen wollen, – Trotskisten und Stalinisten, die unter dem Deckmantel der Zivilgesellschaft agieren. Wie François Mitterrand sagte: „Nationalismus ist Krieg“. Ich glaube, dass wir Franzosen und wir Deutsche wachsam sein müssen in einem Stadium, wo man noch etwas tun kann. Es ist nicht unbedingt etwas Positives, über ein extrem ausgeprägtes Nationalbewusstsein zu verfügen.

Und dann müssen wir ehrlich und mit viel Mut, denn das wird nicht leicht sein, die Frage nach den Grenzen Europas angehen. Denn dass es keine Grenzen gibt, das ist für die Mehrheit der Bürger eine Quelle der Verunsicherung. Ein Prozess, der ad infinitum offen ist, das ist etwas sehr Schönes und Verführerisches auf der geistigen Ebene, und das ist in Ordnung, wenn man reich ist und alles gut für einen läuft. Wenn man aber nicht zu den Privilegierten der Gesellschaft gehört, dann ruft das furchtbare Verunsicherungen und Sorgen hervor.

Ich sehe im Übrigen nicht, weshalb Europa als einzige politische Einheit in absehbarer Zeit alle seine Nachbarn in sich aufnehmen sollte. Man hat nie von den Vereinigten Staaten verlangt, Mexiko aufzunehmen (auch wenn das natürlich die Probleme mit der Immigration lösen würde). Man sollte also einen klaren Kopf bewahren. Man kann nicht in der Welt Einfluss ausüben wollen und zugleich ein offenes und in keiner Weise strukturiertes Etwas sein. Ich denke ernsthaft, dass diejenigen, die das Referendum in Frankreich nicht miterlebt haben, sich das Ausmaß an Feindseligkeit klar machen müssen, das dort gegenüber künftigen Erweiterungen besteht. Die einzig vernünftige Maßnahme, und ich glaube, Philippe Douste-Blazy, der neue Außenminister, hat das gestern gesagt, ist die, jede weitere Erweiterung einzufrieren, bevor man die institutionellen Fragen nicht geregelt hat. Wenn man den Kalender nicht umdreht und zurückfindet zu der Idee, dass die Vertiefung vor der Erwei-

tung stehen muss, dann ist das der Anfang vom Ende Europas. Ich bin nicht von Natur aus pessimistisch, und ich glaube im Grunde auch, dass wir zu 25 in Europa leben können und auf Dauer eine gewisse Anzahl von Ländern hereinnehmen müssen, die vor unserer Tür stehen, aber nicht egal welche, nicht egal wo und nicht durch einen Prozess, von dem man sich heute hütet zu sagen, wohin er führen soll.

Schließlich heißt, die Grenzen zu definieren, das Projekt zu definieren. Wie ich ausgeführt habe, brauchen wir Subsidiarität in beiden Richtungen, und hier ist es an Frankreich, weitere Anstrengungen auf sich zu nehmen. Soweit ich weiß, haben wir im Bereich der Außenpolitik noch Fortschritte auf dem Weg der Vergemeinschaftung zu bewerkstelligen. Ein Weg aus der aktuellen Krise könnte darin bestehen, die Frage der Neuverhandlung mit dem Teil III des Vertrags zu beginnen, indem man die Teile I und II beibehält. Sie sind die eigentlichen Verfassungsteile, zu denen es nicht so viel Kritik gegeben hat. Die kann man also konservieren. Und man sollte dann bereit sein, auf die zuweilen etwas ungeordneten Stimmen aus der Bevölkerung zu hören, die verlangten, dass man den Teil III neu diskutiert. Entweder mit einem ehrgeizigen Resultat in Form eines Gesellschaftsmodells, wenn man das erreicht, oder mit dem Ergebnis eines überarbeiteten Textes, der weniger verwirrend und kürzer wäre usw., eventuell mit Anhängen. Das könnte vielleicht eine noch nicht versiegelte Ausgangstür öffnen. Denn man kann nicht den selben Text noch einmal zur Abstimmung vorlegen, aber man könnte doch vielleicht weiter kommen, wenn man die Anliegen berücksichtigt und trotz allem versucht, das zu retten, was zu retten ist.

Ein letzter Punkt, über den ich seit Jahren schreibe: Man muss endlich aufhören mit diesen Finanzverhandlungen nach Art des Basars in Marrakesch. Es tut mir leid, dies sagen zu müssen, aber es gibt keine Möglichkeit, uns dabei ordentlich aus der Affäre zu ziehen. Über die aktuelle Auseinandersetzung kann man sich nur wundern, wenn man die Regeln der Gemeinschaft nicht kennt. Wir haben ein vollkommen absurdes System, das Konfrontation schafft. Weshalb? Weil es ökonomisch gesehen absurd ist. Man geht die Frage des Budgets wie eine Frage der Buchführung an. Es gibt kein Unternehmen, das seine Bücher mit nur einer Spalte führt, mit Minus- und Plus-Zeichen. Nehmen Sie zum Beispiel den Hafen von Rotterdam: Der Zuwachs europäischer Importe, die Vitalität der europäischen Wirtschaft nützen den Niederländern weit über das hinaus, was sie durch das Gemeinschaftsbudget im rechnerischen Sinne zurückgewinnen, aber das wird nicht gezählt, das hat während der Referendumskampagne in den Niederlanden niemand gesagt. Wir müssen die EU also mit einem System eigener Ressourcen ausstatten. Das soll nicht heißen, dass man das Budget auf 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigert, aber es heißt, dass man über identifizierte Einkünfte verfügt, über die demokratisch im Europäischen Parlament diskutiert worden ist. Und Sie werden sehen: Ab dem Tag, an dem das Europäische Parlament den Leuten das Geld aus ihrer Tasche zieht, werden sie bei den Europawahlen wählen gehen. Die niedrige Beteiligung bei den Europawahlen im letzten Jahr hätte ein Alarmsignal sein müssen.

1 Siehe „The Economist“ mit „Marat assassiné“ auf der ersten Seite „The Europe that died“, 4.6.2005.

2 Siehe auch *Sylvie Goulard*: „Être à la hauteur de l'enjeu européen“. In: „Le Figaro“, 1.7.2005.

Dossier

Notwendig, überflüssig, legitim?

Der Blick der Partner auf die deutsch-französischen Beziehungen

EINLEITUNG VON ANDREAS SCHOCKENHOFF*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vorher eher die deutsch-französische Innenansicht, die Bestandsaufnahme beleuchtet, wir wollen jetzt das deutsch-französische Paar von außen betrachten: „Der Blick der Partner auf die deutsch-französischen Beziehungen: Notwendig, überflüssig, legitim?“

Sylvie Goulard hat vorher gesagt, Deutschland und Frankreich haben eine Verantwortung auch weiterhin, eine zentrale Rolle für den europäischen Integrationsprozess zu übernehmen. Das glaube ich auch, aber ich möchte einleitend nur zwei vielleicht etwas provokante Bemerkungen machen: Diese zentrale Funktion Deutschlands und Frankreichs hatten die beiden Partner einmal, weil sie ein Beispiel gegeben haben. Deutschland und Frankreich waren für andere europäische Partner exemplarisch in der Art und Weise, wie sie die Aussöhnung vollzogen, wie sie Frieden gewonnen haben. Deutschland und Frankreich waren für andere exemplarisch in der Weise, wie sie weltweit wettbewerbsfähig waren und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben. Deutschland und Frankreich waren exemplarisch für andere europäische Partner mit dem Sozialmodell, das sie entwickelt haben. Heute sind die bei-

den größten Volkswirtschaften die strukturskonservativsten, und sowohl das deutsche als auch das französische Sozialmodell werden eher als Bedrohung denn als Beispiel empfunden. Deshalb können wir, wenn wir nicht unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen, die Exemplarität des Tandems vergessen. Das ist meine erste etwas provozierende Aussage.

Und die zweite Aussage: Deutschland und Frankreich haben auch deshalb eine Führungsfunktion übernommen, weil sie gemeinsame Initiativen zur weiteren europäischen Integration entwickelt haben, die nicht nur zwischen deutschen und französischen Interessen zu einem fairen Ausgleich geführt haben, sondern in denen sich jeweils eine Gruppe von Ländern auch mit ihren Interessen wiedergefunden hat. Das heißt, wo es, wie etwa in der Agrarpolitik, die südeuropäischen und die nordeuropäischen Interessen gab, wo es in der Strukturpolitik unterschiedliche Interessen gab, wo es zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern unterschiedliche Interessen gab, haben Deutschland und Frankreich es verstanden, bei der Vorbereitung europäischer Initiativen andere mitzunehmen. Ein Führungsduo, das den anderen sagt, sie hätten eine Gelegenheit verpasst zu

* Dr. Andreas Schockenhoff, MdB, ist Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe.

schweigen, tut sich schwer, andere mitzunehmen. *Sylvie Goulard* hat von Stilfragen gesprochen, und *Michel Barnier* hat bei der letzten Botschafterkonferenz im Quai d'Orsay gesagt, Frankreich und Deutschland bräuchten weniger Arroganz. Ich glaube, damit sind Sie genug provoziert, uns die Außensicht auf dieses deutsch-französische Tandem zu ge-

ben. Ich bitte zunächst *Fraser Cameron* vom European Policy Centre in Brüssel, dann aus polnischer Sicht *Adam Krzeminski* von der „*Polityka*“ in Warschau um ihre Beiträge und abschließend *Christian Lequesne* vom Centre français de recherche en sciences sociales in Prag um seinen Kommentar.

Das Tandem liegt auf Eis

Von der Notwendigkeit eines neuen diplomatischen Stils

FRASER CAMERON*

Also die Frage lautet: Sind die deutsch-französischen Beziehungen notwendig, überflüssig, legitim? Meine Antwort auf diese Frage lautet in aller Kürze: Notwendig? Ja. Überflüssig? Nein. Legitim? Ja, aber unter anderen, neuen Bedingungen.

Frau Schwall-Düren hat die Frage aufgeworfen: Wenn wir die deutsch-französische Achse nicht gehabt hätten, wer hätte dann die Führung in Europa übernommen? Und dann zählte sie eine Reihe von Ländern auf. Ich fange an mit Partner Nummer eins, Großbritannien. Wir hören immer zu Beginn einer Regierungsperiode, sei es unter Tony Blair, unter John Major und sogar unter Margaret Thatcher: Wir wollen, dass Großbritannien „the heart of Europe“ wird. Es gab jedoch in Großbritannien nie eine Vision von Europa. Vielleicht liegt das am so genannten britischen Pragmatismus. Aber, gerade weil Großbritannien weder Mitglied der Eurozone noch dem Schengener Abkommen beigetreten ist, und weil es nie eine Vision von Europa gehabt hat, glaube ich, dass man von Großbritannien sicherlich keine Führungsrolle in Europa erwarten kann. Es kann eine Führungsrolle mit anderen Partnern in bestimmten Bereichen teilen. Frau Schwall-Düren hat die Verteidigungspolitik genannt,

aber das reicht nicht aus für eine Führungsrolle, wie sie Deutschland und Frankreich ausgeübt haben. Italien ist zu schwach, zu instabil und hat Berlusconi an der Spitze, wie Sie bereits erwähnten. Spanien hingegen entwickelt sich sehr positiv und ist während der letzten zehn Jahre in der EU sehr erfolgreich gewesen, aber es ist ein Land mit begrenzten Ambitionen. Es gab zwar eine Zeit der Annäherung zwischen Aznar und Blair, aber dann kam Zapatero an die Macht und der wandte sich wieder dem „alten Europa“ mit Chirac und Schröder zu, so dass die kurzzeitige spanisch-britische Verständigung folgenlos blieb. Polen hat zwar sicherlich Führungsambitionen, aber es ist wirtschaftlich viel zu schwach dazu. Wird Polen überhaupt von Frankreich und Deutschland als Partner gesehen? Was ist aus dem „Weimarer Dreieck“ geworden? Man hört so gar nichts mehr davon.

Was wirklich schade ist, ist der Rückgang des Einflusses der Benelux-Länder. Die Benelux-Länder haben früher eine wichtige Rolle gespielt. Aber seit einigen Jahren, im Gefolge von Nizza und vor allem seit der Ermordung von Pim Fortuyn durch einen islamistischen Terroristen ist das politische Klima in den Niederlanden vergiftet. Seither spielen die Benelux-Länder keine große Rolle mehr in

* Fraser Cameron, European Policy Centre, Brüssel.

Europa. Schauen wir nach Norden, nach Skandinavien: Man hätte vielleicht erwarten können, dass die skandinavischen Länder, die so große Erfolge im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu verzeichnen haben, eine Führungsrolle beanspruchen würden, aber sie verspüren offenbar keinerlei Ambitionen dazu.

Kommen wir zu den Institutionen der EU: Man erinnert sich gerne an die Zeiten von Jacques Delors. Delors hat seine Pläne immer im Vorfeld mit Helmut Kohl und François Mitterrand abgestimmt, aber dann kamen Jacques Santer, Romano Prodi, und jetzt haben wir José Manuel Barroso, der nicht die erste Wahl gewesen ist, nicht einmal die zweite, sondern eher die dritte. Er ist ein guter Kommunikator, aber er verfügt nicht über Führungsqualitäten. Er hat allerdings unter den jetzigen Bedingungen auch nicht die Chance gehabt, sie zu beweisen.

Wenn wir also die einzelnen Länder durchgehen und die Situation der Kommission betrachten, kommen wir unweigerlich wieder auf die Führungsrolle von Frankreich und Deutschland zurück. Ihre Rolle wird nie überflüssig werden. Erstens, weil beide Gründungsmitglieder sind, weil sie die beiden bevölkerungsreichsten Länder der EU sind und gut die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes in der EU erwirtschaften. Zweitens, weil sie immer die entscheidenden Antriebskräfte gewesen sind, manchmal mit Ideen, mit Visionen, manchmal mit Geld – ein herausragendes Beispiel ist der Euro. Aber jetzt lautet die Kernfrage, wo heute die Prioritäten liegen müssen.

Schauen wir uns einmal die verschiedenen Koalitionen an, die in der Vergangenheit zustande gekommen sind. Es gab und gibt immer neue Koalitionen in der EU. Meistens sind sie themenabhängig, etwa zur Frage „mehr Freizügigkeit oder Protektionismus“ oder „größeres Budget vs. kleineres Budget“ usw. Es gab im Übrigen natürlich immer auch Versuche, sich an das deutsch-französi-

sche Tandem anzuhängen, bei den Briten zum Beispiel, und es gab auch andere Koalitionen, Blair–Aznar und Blair–Berlusconi usw., aber nur die Deutschen und Franzosen sind beständig und verlässlich zusammen geblieben. Sie haben zwar keine identische Vision von der Zukunft Europas, aber sie haben doch insoweit eine Vision für Europa, als sie ein starkes Europa wollen, ein Europa, das manchmal als gemeinschaftliches, manchmal als intergouvernementales interpretiert wird, aber sie haben sich am Ende immer wieder geeinigt. Und wenn sie sich einmal geeinigt hatten, konnten auch die anderen Partner meistens zustimmen, denn sie kamen eigentlich immer von verschiedenen Standpunkten her, und wenn sie einen Kompromiss gefunden hatten, lag der in der Regel in der Mitte zwischen weit auseinander liegenden Positionen, die auch die Positionen der anderen umfassten.

Deutschland und Frankreich haben auch stets sehr gute Leute nach Brüssel geschickt, um diese Achse zu vertiefen. Ich denke an Walter Hallstein, an Jürgen Trumpf und an Botschafter von Kyaw, aber in der letzten Zeit war diese Besetzung sehr unterschiedlich. Ich will nun keine deutschen Namen nennen, sondern als Beispiel für solche Unterschiedlichkeit an die Entsendung von Pascal Lamy und Jacques Barrot erinnern.

Die Divergenz der deutschen und der französischen Visionen wird offensichtlich, wenn man an die Humboldt-Rede von Joschka Fischer im Jahr 2000 hier in Berlin und an den gleich darauf folgenden Schock von Paris denkt, als Fischers Vision in der Assemblée Nationale eine klare Absage erteilt wurde. Aber die Führungspersönlichkeiten beider Länder, gleich welcher Partei, von Adenauer–de Gaulle an, über Georges Pompidou, Helmut Schmidt, Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Kohl–François Mitterrand bis zu Gerhard Schröder und Jacques Chirac, haben trotz solcher Unterschiede in den Europakonzeptionen immer wieder versucht, die Beziehungen zwischen ihnen

zu vertiefen. Ein deutscher Diplomat, der jahrelang mit den deutsch-französischen Beziehungen betraut war, sagte mir einmal: Die Beziehungen mit Frankreich sind gleichzeitig die wichtigsten und die schwierigsten für Deutschland. Und ich glaube, er hat Recht. Soweit zur Vergangenheit. Doch worum geht es in der Zukunft?

Trotz der Relativierung durch die Erweiterung werden Deutschland und Frankreich sicherlich die wichtigsten Mitgliedstaaten in der EU bleiben. Das ist keine Frage. Die Frage ist jedoch: Wo ist das neue Projekt für Europa, auf das sie sich einigen könnten? Ich sehe ein solches Projekt nicht. Man muss auch zugeben, dass Chirac und Schröder in den letzten zwei, drei Jahren viele Fehler gemacht haben. Sie haben versucht, sich als exklusiver, nicht als offener Club darzustellen, und sie haben sich wirklich nicht bemüht, die neuen Mitgliedstaaten nicht nur zu integrieren, sondern auch zu konsultieren. Man denke nur an die arroganten Worte von Jacques Chirac im Februar 2003 gegenüber den damaligen Kandidatenstaaten, die hier schon zitiert wurden. Sie haben sich auch nicht genügend um die kleinen Staaten bemüht, die immerhin jeder eine Stimme in Brüssel haben. Deswegen, und das ist ein Punkt, auf den schon am Anfang hingewiesen wurde, gibt es diese Angst vor dem deutsch-französischen Motor, denn die neuen Mitgliedstaaten wurden nicht konsultiert. Und deshalb glauben sie, das Tandem treibe Projekte voran, die nur den Interessen von Frankreich und Deutschland dienen. Dieser Eindruck wird verstärkt dadurch, dass man sieht, wie Deutschland und Frankreich immer wieder den Stabilitätspakt brechen und dann zu verstehen geben: Tut uns leid, aber wir sind nun einmal die Wichtigsten und ihr müsst uns folgen. Das geht nicht. Das ist ein diplomatischer Stil und ein Ton, der einem gesamteuropäischen Projekt nicht angemessen ist.

Kommen wir zum Lissabon-Prozess: Ohne durchgreifende wirtschaftlich-soziale Re-

formen in Deutschland, Frankreich und Italien kann man alle nur denkbaren Verfassungsprojekte begraben. Die Bürger werden nicht zu den Urnen gehen und für eine Verfassung stimmen, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen nicht stimmen. Und in den drei genannten Ländern ist dies der Fall, und darin liegt das Problem. Dabei geht es nicht um die Frage, ob ein französisches oder ein englisches Modell verfolgt werden soll. Es gibt ja sehr viel mehr soziale Modelle in Europa, ein nordisches, ein Rheinland-Modell, ein Mittelmeer-Modell, das neue Europa, Osteuropa, und man wird sich nie auf ein für alle gemeinsames Modell einigen. Aber man könnte vielleicht auf einzelne Aspekte oder Teile dieser Modelle zurückgreifen und sie für Reformen nutzen. Was nun die Finanzierung des EU-Haushalts anbelangt, so teile ich natürlich die Meinung, dass man sich bald auf deren Modalitäten einigen muss. Es ist gut, dass Schröder etwas Flexibilität gezeigt hat. Aber warum nicht schon etwas früher?

Zur Frage der Verfassung werden sich die Europäer wahrscheinlich für eine Pause entscheiden. Wir müssen mindestens zwei Jahre warten, zwei Jahre, bis ein Nicolas Sarkozy, eine Angela Merkel, ein Gordon Brown an der Macht sind. Was aus dieser Troika wird, vermag ich natürlich nicht zu sagen. Es dürfte jedenfalls interessant sein, ihrem ersten Gespräch zuzuhören. Wir brauchen eine neue Führung in Europa, und diese drei werden eine Einigung finden müssen. Natürlich muss das Ergebnis zunächst offen sein, aber wenn sie sich nicht einigen, wird es mit Europa nicht weitergehen.

Was können wir in der Zwischenzeit tun? Es stehen eine Reihe wichtiger Probleme an, aber ich fürchte, der Erweiterungsprozess wird jetzt eingefroren, und das ist schade, weil dann der richtige Druck von außen fehlt, um die nötigen Reformen voranzutreiben. Die wichtigste Frage ist jedoch nicht nur diejenige nach Europa selbst. Europa ist wichtig, gewiss. Aber wir leben auch in einer grö-

ßeren Welt, und die Entwicklungen in China, Indien und anderswo sind für unsere Kinder ebenfalls sehr wichtig. Deshalb muss Europa darauf hinarbeiten, eine weltpolitische Rolle zu spielen. Ich rede hier zum Beispiel von den nötigen Reformen der Vereinten Nationen (die im September diskutiert werden), wobei ich nicht an den deutschen Sitz im Sicherheitsrat denke, sondern an die ganze Palette von Reformen, die Kofi Annan unterstützt hat, wie die neue „Kommission zur Friedenskonsolidierung“, Menschenrechtsfragen usw. Wir Europäer sind uns in fast allen diesen Bereichen einig. Wir haben eine Agenda, die darauf abzielt, das multilaterale System zu verstärken, und wir müssen die Amerikaner

davon überzeugen, dass wir dies jetzt zusammen realisieren müssen. Wir haben die Chance, die Europäer und die Amerikaner, dieses „global governance system“ zu stärken. Wenn wir das jetzt nicht gemeinsam schaffen, werden wir in 20 Jahren vor einer anderen Konstellation stehen, in der die Bedingungen längst nicht mehr so günstig sein werden wie heute.

Ich komme jetzt zum Schluss: Die deutsch-französischen Beziehungen sind nicht tot, aber sie werden eine Weile „auf Eis gelegt“ werden müssen, bis es eine neue Führung in diesen Ländern gibt. Nur dann, so hoffe ich, wird die deutsch-französische Führung neu belebt.

Das Duo spielt mit gezinkten Karten

Frankreich muss sich den Tatsachen der Osterweiterung stellen

ADAM KRZEMINSKI*

Der deutsch-französische Motor ist notwendig, er ist nicht überflüssig, aber er ist illegitim. Nun sind aber auch illegitime Kinder manchmal sehr gelungen. Warum ist der Motor notwendig? Weil es eine gemeinsam gelebte Erfahrung gibt, die älter als 30, 40 Jahre ist und die für uns in den 1980ern, Anfang der 1990er Jahre ein Modell war. Diese deutsch-französische Versöhnung war ein Modell für die deutsch-polnische, sie war auch ein Modell für die polnisch-ukrainische und polnisch-litauische Versöhnung, das muss zumindest erwähnt werden, obwohl das in den Bereich der „weichen“ und nicht der „harten“ Tatsachen gehört.

Der Motor bedarf allerdings heute einer Generalüberholung. Man kann den Eindruck gewinnen, dass aus einem Zweitakter zwei Eintakter geworden sind, die eine Veredelung brauchen, und hier wurde bereits eine Verbesserungsmöglichkeit genannt: Zuerst einmal eine atlantische, sprich: britische Kuppelung, denn in dieser transatlantischen Beziehung hapert es – auch aus der polnischen Perspektive –, und vielleicht wäre zweitens ein polnischer Einspritzer an dieser Stelle nicht falsch. Warum? Die polnischen Ansprüche auf eine Führungsrolle, die gibt es, aber nur in sehr beschränktem Maß. Denn

die Polen wissen, dass sie in dieser Gesellschaft „homines novi“ sind. Sie sind bereit zu lernen und sie sind lernfähig, sie möchten aber nicht auf die Chiracsche Art und Weise vor den Kopf gestoßen und nach Feudalherrenart zurechtgewiesen werden. Hinter dem schon zitierten Eklat des Jahres 2003 verbirgt sich viel mehr als nur eine ungezügelter Reaktion. Dahinter verbirgt sich faktisch die mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit Frankreichs, sich den neuen Tatsachen zu öffnen. Die Osterweiterung der NATO und der Europäischen Union ist keine beliebige Entscheidung gewesen. In Polen heißt es gerne: Wir waren schon immer ein Teil Europas, wir sind nicht zurückgekehrt. Aber dies ist nicht wahr. Es handelt sich qualitativ um eine beispiellose Situation, dass dieses Land nun zu westlichen Strukturen gehört. Auch vor den Teilungen war Polen im 16. Jahrhundert zwar ein katholisch-reformiert-protestantisches Land, aber es war nicht Mitglied des Heiligen Römischen Reiches und bedacht darauf, den westeuropäischen Strukturen nicht anzugehören. Jetzt gehört dieses Land diesen Strukturen an, und es gibt dafür keine adäquaten Denkmuster, besonders nicht in Frankreich. In Deutschland ist das ein bißchen anders, weil die neueste Geschichte des Zweiten

* Adam Krzeminski, „Polityka“, Warschau.

Weltkrieges und die Nachkriegsgeschichte im deutsch-polnischen Bereich unheimlich viele Felder und Themen ergeben: Wir können uns zanken und versöhnen, es existieren viele gemeinsame Themen, auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die gegenseitige Nähe. Mit Frankreich ist dies nicht der Fall, und dies wurde im Jahr 2003 sehr deutlich. Hinzukommt diese aus polnischer Sicht völlig antiquierte, imperiale Herangehensweise an die Außenpolitik in Frankreich.

Die Ersetzung des Weimarer Dreiecks durch das Petersburger Dreieck entbehrte jeder Logik, es war nur ein Beweis, dass die Franzosen zusammen mit den Russen und den Deutschen – wir waren wirklich wieder bei der Heiligen Allianz des Wiener Kongresses – etwas anderes sind als die Amerikaner. Dies ist eine hanebüchene Konstruktion; und dies war auch kein Ausrutscher, denn es war sehr signifikant für die Polen, dass sie dieses Jahr nicht gemeinsam mit Zapatero nach Paris eingeladen wurden. Das heißt, irgendetwas ist passiert, trotz der Geschehnisse in der Ukraine, wo die EU zumindest in Ansätzen eine gemeinsame Ostpolitik verfolgte. Die Polen und die Litauer haben die Ukrainer bearbeitet, die Deutschen Putin, und die Rechnung ging auf. Aber trotz dieser konzertierten Aktion wurden die Polen nicht eingeladen, wie bereits im Jahr 2003. Die Polen haben erwartet, dass bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages das Weimarer Dreieck zumindest erwähnt würde, zumindest erwähnt. Es wurde bewusst nicht erwähnt, und das heißt, eine Konstruktion der 1960er Jahre, der Vertrag über eine privilegierte Nachbarschaft, Freundschaft, Zusammenarbeit, die tragfähig für die 6er-Gemeinschaft war, aber auf keinen Fall tragfähig und einfach zu schwach für die osterweiterte EU ist, sollte perpetuiert werden, selbstbeweihräuchert – und wenige Tage danach kam die Quittung: der so genannte „Brief der Acht“. Aus meiner Perspektive war dieser Brief ein Fehler und ich habe ihn

in polnischen aber auch in deutschen Medien kritisiert. Ich vermute, dass unsere Politiker die Konstellation nicht richtig überblickten. Trotzdem, sie haben diesen Fehler begangen, und sie standen auch zu ihrem Fehler, aber sie erhielten in der Folge vom harten Kern, also von Frankreich und Deutschland, keine Chance, den Fehler auszugleichen, sich zurückzuziehen. Im Gegenteil: Der gerade aufgerissene Graben wurde nachdrücklich vertieft.

Und nun das Ergebnis des französischen Referendums zur Europäischen Verfassung: Frankreich hat die polnische Innenpolitik damit stark aufgemischt. Angelica Schwall-Düren sagte, dass uns in Polen jetzt Wahlen bevorstehen, die Euroskeptiker sind im Anmarsch, sie haben Rückenwind. Aber sie befinden sich in einer absolut schizophrenen Situation. Denn 60 Prozent der Polen wollten noch vor drei Wochen beim Referendum der Verfassung, die sie nicht verstehen, weil sie den Text gar nicht gelesen haben, zustimmen. Sie waren bereit, die Verfassung anzunehmen, und das, obwohl 60 Prozent zugleich euroskeptische, euro-enthaltende und antieuropäische Gruppierungen wählen. Eine schizophrene Lage.

Es gibt noch stärkere Belege dafür, wie europäisch die polnische Gesellschaft denkt: Anfang 2004 hat die „Rzeczpospolita“ eine Umfrage veröffentlicht – und hier haben wir die Frage nach den Visionen: Die Polen waren mehrheitlich für die Direktwahl eines europäischen Präsidenten, der keine Befugnisse hätte, aber gute Reden halten könnte. Das ist auch manchmal notwendig. Die Mehrheit der Polen war zudem für die europäische Armee, das heißt sie waren bereit, das, was man als Symbol der nationalen Souveränität betrachtet, aufzugeben. Die Mehrheit der Polen wollte darüber hinaus sofort, und zwar trotz der damit verbundenen Lasten, den Euro übernehmen, und die Mehrheit der Polen wollte zugleich den Nationalstaat stärker zur Geltung bringen. Wiederum dieselbe Schi-

zophrenie oder vielleicht die europäische Dialektik.

Auf der anderen Seite haben wir dieses unredliche Verhalten des stockenden Motors, des Zweitakters. Wir haben bei der ganzen Debatte um die Aufweichung der Stabilitätskriterien sehr genau zugehört: für die zwei, für Frankreich und Deutschland, wird die Geltung der Regeln des Paktes außer Kraft gesetzt, aber für uns werden die Kriterien für den Beitritt zur Eurozone verschärft. Das heißt, es wird mit gezinkten Karten gespielt. Dasselbe gilt für die Dienstleistungskriterien. Übrigens, die Parole des „sozialen Europas“ wird in Polen als ein Kryptogramm für eine neue Art der Ausschließung, für eine neue soziale Mauer um die 6er-Gemeinschaft, um Deutschland und Frankreich verstanden. Man will uns einfach ganz brutal die einzigen Wettbewerbsvorteile nehmen, die wir haben. Und man muss sich auch fragen, ob die Arbeit, die die Deutschen und Franzosen leisten, wirklich das wert ist, was sie dafür bekommen. Hier in Berlin fragt sich das niemand, aber in Polen, im Land der Solidarnosc mit immerhin 8–12 Millionen Mitgliedern, hat eine Gewerkschaft den Sozialstaat total demontiert, – in dem Bewusstsein, dass dies notwendig ist, um der Wirtschaft überhaupt Bewegung und Luft zu verschaffen. Ich frage mich, wo macht das die CGT oder der DGB in einem ähnlichen Ausmaß zugunsten der Agenda 2010, Hartz IV usw. Das muss einfach einmal schonungslos gesagt werden. Das ist nichts anderes als gewerkschaftlicher Egoismus, ein sozialer Egoismus, der heute ideologisch verbrämt wird als Verteidigung der Vorteile des „europäischen Modells“ gegenüber dem ach so brutalen und inhumanen angelsächsischen Modell.

Für uns in Ostmitteleuropa war das deutsche Modell oder der rheinische Kapitalismus Anfang der 1990er Jahre das Nonplus-ultra. Wir haben sehr viele institutionelle Mechanismen kopiert, aber es hat sich sehr schnell erwiesen, dass diese nicht ausreichen.

Und wir hatten etwa Mitte der 1990er Jahre eine Art angelsächsische Wende mit, was ich beklage, negativen Folgen sowohl für die bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen als auch für das Weimarer Dreieck. Aber das Weimarer Dreieck haben nicht wir geschwächt, sondern Frankreich. Übrigens, wer weiß heute noch, dass das Weimarer Dreieck in den 1990er Jahren eine Art Placebo in einer höchst dramatischen Lage Polens gewesen ist, als Polen nämlich nicht mehr Mitglied des Warschauer Paktes und noch nicht in der NATO war und es in Moskau zum Janaeus-Putsch kam. Damals haben uns Frankreich und Deutschland nicht einmal eine „Wischwaschi-Garantie“ gegeben, sondern das Weimarer Dreieck. Zum Glück war diese gefährliche Situation von kurzer Dauer, es waren nur wenige Wochen, und das Weimarer Dreieck konnte dann als ein wunderbares Mittel im Prozess der Anbindung Polens an die NATO und an die EU genutzt werden. Aber es hat sich erwiesen, dass das Dreieck gar nicht ehrlich gemeint war und nicht ernst genommen wird. Chirac ist nach seiner Schelte nach Breslau gekommen, alle Achtung für ihn. Er hat Kwasniewski hinter verschlossenen Türen angeschrien, Kwasniewski hat zurückgeschrien, aber dann sind sie auf den Markt in Breslau gegangen und haben lächelnd eine gute Erklärung unterzeichnet. Das heißt, auch damals, im Mai 2003, funktionierte dieses Dreieck – punktuell – obwohl es eigentlich tot war. Seine Leiche funktionierte auch vor dem Referendum, als Chirac den Bundeskanzler und Aleksander Kwasniewski nach Nancy gebeten hat. Das hat zwar nicht viel geholfen, aber man sieht, dass man auch eine Leiche galvanisieren kann, wenn man sie punktuell braucht.

Die Schlussfolgerung wäre: Der Motor ist notwendig; er reicht aber nicht mehr aus als deutsch-französischer Zweitakter, sondern muss ergänzt werden um eine angelsächsische, aber auch um eine polnische Komponente, – nicht, weil hier ein Pole vor Ihnen

sitzt, sondern weil man diesen historischen Gewaltakt der Osterweiterung der Union endlich zur Kenntnis und ernst nehmen muss. Ich bin sicher, dass man dies in Paris immer noch nicht begriffen hat. Man hatte geglaubt, nichts ändert sich, die Ossis sind da, sie müssen sich anpassen, die Welt ist für uns in Ordnung. Und ich muss sagen, diese ganze Geschichte mit dem „plombier polonais“, mit dem „polnischen Klempner“ ist empörend, weil hier bewusst ein Feindbild aufgebaut wurde. Übrigens habe ich dasselbe im Bundestag gehört, bei einer beschämenden Debatte vor fast leerem Haus über die EU-Verfassung. Das Abstimmungsergebnis erinnerte zwar an DDR-Verhältnisse, aber der Tonfall der Diskussion unterschied sich nicht viel von dem, was man in Frankreich hörte. In Frankreich gibt es derzeit 40 000 Polen, die in

diesem Jahr immigriert sind. In England gibt es 100 000 Polen. Doch kein Brite würde sagen, dass die polnischen, was weiß ich, Zahnärzte oder Klempner, den britischen Markt zugrunde richten. Das heißt, irgendetwas ist hier nicht in Ordnung in der wirtschaftlichen Philosophie in Frankreich, aber auch in Deutschland. Ich denke, wir haben in den 1990er Jahren zähneknirschend und zugleich gerne die angelsächsische Schocktherapie der Balcerowicz-Reform über uns ergehen lassen, – und ich glaube, die Osterweiterung ist auch eine solche Schocktherapie für die EU.

Noch ein anekdotischer Satz zum Schluss: In Warschau wird gegenüber einem kleinen Denkmal von *de Gaulle* eine Figur des unbekannten polnischen Klempners stehen.

Divergierende Denk- und Wahrnehmungsmuster

Die Nationen Zentraleuropas haben ihre tragische Geschichte noch nicht überwunden

CHRISTIAN LEQUESNE*

Im Hinblick auf meine Erfahrungen in der Tschechischen Republik, wo ich die Reaktionen der öffentlichen Meinung und auch des intellektuellen Milieus zu den Fragen, die uns heute hier beschäftigen, beobachten kann – insbesondere zum deutsch-französischen Verhältnis –, möchte ich heute einige kommentierende Bemerkungen beitragen.

Zu Beginn vielleicht zunächst einige Worte zu den Reaktionen auf die Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Man darf nicht vergessen, dass es in den zentraleuropäischen Staaten auch Euroskeptiker gibt, die sehr froh über die Geschehnisse in Frankreich und den Niederlanden sind. Ich habe noch vor dem Referendum mit einem Politiker der wichtigsten euroskeptizistischen Partei der tschechischen Rechten diskutiert. Er sagte mir, dass er ein Nein in meinem Land erwartet hätte. Ich gab zu bedenken, dass die Menschen sehr wahrscheinlich aus Gründen mit Nein gestimmt hätten, die völlig gegensätzlich zu den seinen sind, denn er sei der Meinung, dass Europa nicht liberal genug sei. Daraufhin hielt er inne und entgegnete: Dies sei in der Tat richtig, aber nicht weiter schlimm. Denn die Liebe zum Nationalstaat sei ihnen gemeinsam. Andere aber stellen sich natürlich Fragen, vor allem die Frage

nach dem Warum. Das heißt: „Warum habt ihr diese ganze Sache unternommen?“ – und das ist sehr interessant, da die Initiative als eine französische Initiative wahrgenommen wird, sie wird stark mit dem Konvent und ihrem Vorsitzenden Valéry Giscard d'Estaing identifiziert – „warum habt ihr diese ganze Sache unternommen, um es nun soweit kommen zu lassen?“

Nun zur Frage der Wahrnehmung des deutsch-französischen Verhältnisses: Ich glaube, dies muss man aus der Geschichte dieser Länder heraus verstehen, die sich schwer damit tun, ihr heutiges Leben losgelöst von der Tragik ihrer Geschichte zu konzipieren. Ich denke, darin liegt ein großer Unterschied zu Frankreich und Deutschland: Unsere Gesellschaften haben in gewisser Hinsicht ihre tragische Geschichte überwunden. Dies ist für die Gesellschaften Zentraleuropas noch nicht der Fall, und vor diesem Hintergrund ist man sehr sensibel für alles, was als ein diffuser Hegemonialfaktor wahrgenommen wird. Die Wahrnehmung des deutsch-französischen Verhältnisses muss man dementsprechend ebenso vor diesem geschichtlichen Hintergrund verstehen.

Es gibt einen sehr schönen Essay von Milan Kundera, „Le Rideau“, der gerade auf

* Dr. pol. Christian Lequesne, Centre français de recherche en sciences sociales, Prag. Übersetzung durch die Redaktion.

Französisch erschienen ist. Darin heißt es: „Das, was die kleinen Nationen Zentraleuropas von den großen europäischen Nationen unterscheidet, ist nicht das quantitative Kriterium ihrer Einwohnerzahl. Es ist etwas tiefer liegendes. Ihre Existenz ist für sie keine selbstverständliche Sicherheit, sondern immer eine Frage des Risikos. Sie befinden sich gegenüber der Geschichte in der Defensive.“

Dies ist in der Tat eine Realität, die im existenziellen Gedächtnis der Gesellschaften Zentraleuropas verankert bleibt, und sie ermöglicht es zuweilen, die Positionierung gegenüber dem deutsch-französischen Tandem zu verstehen. Dabei fällt auf, dass ungeachtet der Tatsache, dass das deutsch-französische Tandem in den letzten Jahren objektiv an politischem Gewicht verloren hat, der diffuse Verdacht der Hegemonie weiterhin auf ihm lastet. Und in dem Augenblick, in dem beide Länder sich beispielsweise von den Regeln der Gemeinschaft entfernen, wie in der Affäre um den Stabilitätspakt, ist das Potenzial der Erregung und Dramatisierung, vor allem in den Medien, stark. Oder wenn zum Beispiel der deutsche und der französische Staats- und Regierungschef mit Vladimir Putin zusammentreffen, dann können Sie sicher sein, am nächsten Tag in der Prager oder Warschauer Presse entsprechend alarmierte Kommentare vorzufinden.

Der wesentliche Aspekt in der Wahrnehmung des deutsch-französischen Verhältnisses – und das wurde bereits mehrfach gesagt, ich teile hier völlig die Standpunkte meiner Vorredner – ist jedoch, dass man in den Ländern Zentraleuropas nicht viel an das deutsche und französische Wirtschafts- und Sozialmodell glaubt. Und dabei geht es nicht nur um das Problem der Arbeitslosigkeit, das mit dem Wachstum zusammenhängt. Es geht um mehr als das: Man hat Schwierigkeiten, die Formen der „Super-Sicherheit vom Staat“, die mit der Geschichte des demokratischen Wohlfahrtsstaates zusammenhängen, als legitim zu akzeptieren. Und dies ist ein sehr

wichtiger Punkt, denn in gewisser Weise hat der Kommunismus kein Bewusstsein der Abhängigkeit von der Gemeinschaft geschaffen. Im Gegenteil, er hat sehr viel mehr den Sinn für das persönliche „Sich-Arrangieren“ und „Sich-Durchschlagen“ gefördert. Und deshalb sind die Individuen liberaler als in einer Gesellschaft wie der französischen oder der deutschen.

Wenn also von Regulierung die Rede ist, von Gemeinschaftsverhandlungen – das heißt eben von Themen, die für das Nein der Linken in Frankreich von Bedeutung gewesen sind –, dann besteht ein Unverständnis in den zentral- und osteuropäischen Ländern. Sie haben dies sicherlich in einigen Erklärungen und Kommentaren in den Medien erkennen können, ich denke hier zum Beispiel an einen Beitrag, den Jiri Pehe, der ehemalige Berater des Präsidenten Havel und Proeuropäer, vor einigen Tagen im „Figaro“ veröffentlicht hat.

Wenn man sich diese Dinge vor Augen führt – und hier bin ich mit Sylvie Goulard einer Meinung, die dies zuvor angesprochen hat –, dann kann man die Bürger nicht mit institutionellen Fragen für Europa mobilisieren. Dies ist im Übrigen ein Problem, denn wenn man die Arbeit des Konvents im Bereich der institutionellen Architektur der EU betrachtet, so hat dieser zu bestimmten Dossiers sehr gute Arbeit geleistet, zum Beispiel zur Hierarchie der Normen oder zur Kompetenzabgrenzung. Doch all dies interessiert die Bürger gar nicht.

Wenn man also einen neuen europäischen Pakt um ein Wirtschafts- und Sozialmodell schaffen will, so sehe ich hier in der Einschätzung dessen, was legitim ist, große Unterschiede zwischen den so genannten alten Wohlfahrtsstaaten der Europäischen Union und den neuen postkommunistischen Mitgliedsländern.

Ich glaube, dies ist der wesentliche Grundgedanke, den Pascal Lamy, der nach dem französischen Referendum in Prag war,

zum Ausdruck gebracht hat: Bei der Rückkehr zu einer Art Gründungspakt für ein Wirtschafts- und Sozialmodell ist die entscheidende Frage, ob man einen Kompromiss in dieser Angelegenheit finden kann.

Darüber hinaus vielleicht noch einige Worte zur Frage der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die in dieser Debatte ebenfalls erörtert worden ist. Hier muss man stark differenzieren: In der Frage des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten besteht eine Kluft zwischen den Gesellschaften und den Eliten in Zentraleuropa, dies zeigen alle Umfragen. Wenn man zum Beispiel in aktuellen Umfragen in Polen oder der Tschechischen Republik die Menschen danach fragt, die Verdienste der Europäischen Union auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Terrorismus, der Entwicklungshilfe etc. mit denen der Vereinigten Staaten zu vergleichen, das heißt in sehr konkreten Bereichen, so sind sie zu nahezu zwei Dritteln der Meinung, dass die Aktivitäten der Europäische Union effizienter sind als diejenigen der Vereinigten Staaten.

Hier besteht eine Diskrepanz zu den Eliten, die aufgrund eines sehr historisierenden Bewusstseins Amerika in gewisser Weise als äußeren Garanten dafür ansehen, eventuelle Entgleisungen der europäischen Geschichte zu verhindern und die Rückkehr auf den rechten Weg zu gewährleisten. Dieses Bekenntnis zu engen transatlantischen Beziehungen erklärt sich wiederum stärker aus ihrem Geschichtsbewusstsein heraus als durch ihren Beitritt zum Wirtschaftsliberalismus.

Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass die Eliten in Zentraleuropa für ein Element der Botschaft der Bush-Administration nicht unempfindlich sind: die Demokratisierung. Sie werden wie ich sicherlich bemerkt haben, dass in den Prioritäten der Bush-Administration II der Kampf gegen den Terrorismus an die dritte Stelle gerückt ist und dagegen die Demokratisierung an die erste Stelle. Und in dieser Hinsicht fällt es den Eliten Zentraleuropas schwer zu verste-

hen, dass die alten Mitgliedstaaten die zukünftigen Erweiterungen nicht mehr im Rahmen der Demokratisierung denken. Ich habe gerade die jüngsten Eurobarometer gesichtet: Es bestehen nur sehr geringe Wahrnehmungsunterschiede zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten; im Gegenzug sind diese Unterschiede in Bezug auf die Frage der zukünftigen Erweiterungen erheblich: Die neuen Mitgliedstaaten befürworten in viel stärkerem Maße den Beitritt der Ukraine, der Türkei, der westlichen Balkanstaaten etc.

Abschließend einige Bemerkungen zu den deutsch-französischen Beziehungen und wie sie konkret gelebt werden können. Ich glaube, dass sich die Gesellschaften in Zentraleuropa trotz allem bewusst darüber werden, dass zwischen Franzosen und Deutschen ein Vertrauensverhältnis besteht, das durch die Geschichte der beiden Akteure geschaffen wurde. Erlauben Sie mir eine kleine persönliche Anmerkung, es freut mich, dies in Deutschland sagen zu können: Für mich ist die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Realität in meiner wissenschaftlichen Arbeit in Prag. Das heißt, dass auf meiner Arbeitsebene die Beziehungen zu meinen Kollegen im Goethe-Institut, in den Stiftungen konkret gelebt werden: Wir können uns anrufen, und wir sind uns, glaube ich, über die großen Ziele unserer Arbeit einig. Und das bedeutet, dass es nicht darum geht, in Zentraleuropa Modelle zu predigen, denn dies wäre katastrophal. Es geht darum, Partnerschaften aufzubauen. Und ich denke auch, dass die Länder Zentraleuropas sich trotz allem darüber bewusst werden, dass die privilegierten Konsultationsmechanismen in einem multilateralen Verhandlungssystem wichtig sind. Sie entdecken dies, weil sie dabei sind, im Alltag zu erleben, was Gemeinschaftsverhandlungen bedeuten. Sie wissen daher, dass man im Rahmen der Gemeinschaftsverhandlungen im Vorfeld Beratungen mit den Partnern anstrengen muss, und dass dabei privilegierte Konsultationsme-

chanismen durchaus von Vorteil sind. Und so versuchen sie, ebenfalls solche informellen Konsultationsmechanismen zwischen den neuen Mitgliedstaaten zu entwickeln.

Das heißt, sie versuchen, diesen deutsch-französischen Reflex des Beamten, der direkt seinen Amtskollegen anruft, nun ebenfalls in die Tat umzusetzen, und sie werden sich darüber klar, dass Beziehungen wie die deutsch-französischen letztlich sehr hilfreich sind, um die Dinge offen auf den Tisch zu legen, wenn es schwierig wird. Ich glaube, das ist der wesentliche Aspekt. Ich selbst habe das deutsch-französische Verhältnis vor 15 Jahren dahingehend definiert, dass es sich dabei in erster Linie um ein System zur friedlichen Konfliktlösung handelt.¹ Ich habe dies meinem Lehrer Alfred Grosser vorgelesen, der mich freundlich kritisierte und sagte: Es handelt sich um sehr viel mehr als das! Und doch denke ich, wenn heute vom Fehlen des Motors und mangelnden gemeinsamen Visionen die Rede ist, dass trotz allem diese überaus wichtige Dimension bestehen bleibt, die in der Fähigkeit besteht, ein schwieriges Problem zwischen den beiden Ländern offen anzusprechen, indem man sich den formalistischen Regeln der Diplomatie entzieht, um eine Lösung zu finden. Und ich glaube, dass dies ein Aspekt ist, für den die Länder Zentraleuropas empfänglich sind.

Abschließend eine Bemerkung: Nehmen die zentraleuropäischen Länder uns immer

noch als deutsch-französisch wahr oder zuweilen nicht auch als französisch auf der einen und deutsch auf der anderen Seite? Sicherlich Letzteres. Was Deutschland betrifft, so besteht in meinen Augen einerseits eine sehr große Nähe zur deutschen Gesellschaft. Deutschland ist das Land, das man am besten kennt, das Land, in das man fährt, das Land, das im Übrigen am nächsten liegt. Gleichzeitig ist es ein Land, mit dem ungelöste bilaterale Konflikte bestehen, die zu jeder Zeit an die Oberfläche kommen können, vor allem aufgrund der Probleme mit den Vertriebenenverbänden. Die Tätigkeit für einen deutschen Diplomaten in einem zentraleuropäischen Land liegt darin, anlässlich einer Erklärung vom Bund der Vertriebenen zu erklären, dass dieser nicht für Deutschland spricht.

Was Frankreich betrifft, so ist in den Wahrnehmungen und Darstellungen sehr präsent, dass Frankreich das Land war, das der Erweiterung die Vertiefung entgegengestellt hat. Und diese Wahrnehmung hat man von Deutschland nicht. Frankreich gilt als das Land, das Schwierigkeiten damit hatte, sich die Erweiterung und die Vertiefung als einen parallelen Prozess vorzustellen. Dies ist in den Köpfen präsent, und es wäre sicher interessant, eines Tages einmal eine Langzeitstudie zur französischen Haltung gegenüber der Erweiterung seit 1990 durchzuführen.

1 „Formulation des politiques communautaires et procédures de consultation avec la RFA en France“. In: Robert Picht / Wolfgang Wessels (Hg.): Motor für Europa? Deutsch-Französischer Bilateralismus und Europäische Integration. Europa Union Verlag, Bonn 1990, S. 123–144.

Dossier

Joseph Rován, die deutsch-französischen Beziehungen und Europa

Festvortrag

HELMUT KOHL*

Meine Damen und Herren, was Joseph Rován zum Nein der Franzosen zur Europäischen Verfassung gesagt hätte, kann ich nur ahnen. Sein Urteil wäre nicht viel anders ausgefallen als das meine. Es wäre ein Urteil gewesen voller Häme darüber, dass man zu einer solchen Frage ein Referendum durchführen lässt. Das Testament der Königin Christine von Schweden wäre ihm in den Sinn gekommen, die ihrem Erben geschrieben hat: „Mein Sohn, Du glaubst nicht, mit wieviel Dummheit die Welt regiert wird.“

Ohne auf das Ergebnis des Referendums selbst einzugehen, will ich aber nur kurz anmerken: Lassen Sie sich von dieser Berliner, vielleicht auch Pariser Infektion nicht anstecken. Was immer jetzt passieren wird – in Europa wird es weitergehen. Ich kann nicht den geringsten Grund sehen, sich über die Entwicklung in Europa Sorgen zu machen. Während der vielen Jahrzehnte, die ich auf europäischer Ebene zugebracht habe, hieß es oft: Es geht nicht mehr weiter. Doch dann ging es wieder weiter. Für mich gilt in dieser Hinsicht ein einfacher Pfälzer Bauernspruch, der besagt: „Das große Wasser nimmt das kleine Wasser mit.“ Die Volksbefragungen sind das kleine Wasser, und das große Wasser ist die Entwicklung auf dem Weg nach

Europa. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich in diesen Wochen der Ferienzeit einmal in Europa umsehen, am Piccadilly, am Eiffelturm, an der spanischen Treppe, bei uns am Rhein oder auch an der Karlsbrücke in Prag, dann treffen sie auf junge Menschen Anfang 20, die längst „jenseits des Berges“ angekommen sind. Für die ist dieses jetzt begonnene Jahrhundert ihr Jahrhundert. Wenn ich zurückblicke auf das Jahr 1982, als ich Bundeskanzler wurde, so war der Tenor der damaligen Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen – wir durchlebten die schlimmste Entwicklung der Gemeinschaft – „Eurosklerose“. Das war das Schlagwort der Stunde: eine Krankheit als Sinnbild für die Entwicklung in Europa. Glauben Sie mir: In zwei oder drei Jahren werden wir erlebt haben, dass es in Europa weitergegangen ist. Gerade vor ein paar Tagen konnte ich mich in Washington davon überzeugen, dass man in der Umgebung des Weißen Hauses natürlich nicht ohne Häme auf die aktuellen Schwierigkeiten in Europa blickt. Aber die sehr geschickte *Condoleezza Rice* weiß auch, dass dies nur ein Zwischenstadium ist, aber nicht das Endstadium in Europa.

Das Fortschreiten auf dem Weg der europäischen Einigung schulden wir auch unse-

* Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D.

rem verstorbenen Freund Joseph Rován. Er war nicht nur ein großer Historiker, Publizist und Brückenbauer zwischen Deutschland und Frankreich; ich selbst denke vor allem an den Mann, den ich als Student in den 1950er Jahren kennen lernte: Ein Mann, der gerade aus Dachau kam und der in den 1950er Jahren beinahe entspannt über seine Zeit berichtete, – dies war für uns als junge Menschen eine Faszination sondergleichen. Hinzukam ein hohes Maß an intellektueller Bescheidenheit. Die nahm zwar ab und zu etwas ab, wenn er auf Konkurrenten traf. Doch, salopp gesagt: Er war ein großartiger Mann. Ich persönlich habe in diesen Jahren viel Freundschaft, Kameradschaft und Unterstützung von ihm erfahren. Wenn man in verschiedensten Funktionen nach Paris kam und die Gelegenheit hatte, ihn zu treffen, so berichtete er stets von den neuesten Nachrichten aus dem Élysée-Palast (eine geheimnisvolle Welt für sich, die normale Menschen überhaupt nicht verstehen, aber ich glaube, diejenigen im Élysée-Palast in der Regel auch nicht): Gerüchte darüber, wer jetzt mit wem möglicherweise Allianzen einginge, und wie das neue Kabinett aussehen werde etc. Das war immer ganz faszinierend. Und er tat dies mit einer großen inneren Hingabe und Freude. Er verfolgte einfach ein Lebensziel: Er wollte nach seinen Erfahrungen seinen Beitrag für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich leisten. Das tat er vor allem als Präsident des Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.) in Paris, aber auch in zahlreichen anderen Funktionen. „Le B.I.L.D.“, das 1945 von Jean du Rivau gegründet wurde, hat sich von Beginn an die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zur zentralen Aufgabe gemacht. Die Verständigung zwischen beiden Ländern sollte die Einigung Europas vorantreiben. Dies war 1945, meine Damen und Herren, noch eine Vision.

Im September 1946 hielt Winston Churchill seine aus meiner Sicht bedeutendste Rede

nach dem Zweiten Weltkrieg vor Züricher Studenten. Er forderte die Einigung Europas und die Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen. Und sein Katalog an Empfehlungen für Europa vom Herbst 1946, weniger als anderthalb Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, stimmt im Grunde in allen Punkten mit den heutigen Schwierigkeiten in Europa überein: So zum Beispiel die Frage und Problematik eines Direktoriums, der Respekt der großen vor den kleinen Staaten etc. Seine Rede war praktisch ein Handbuch für das Lernen von Außen- und von Sicherheitspolitik. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sollte die Einigung Europas vorantreiben. Und ich will nicht boshaft sein, wenn ich als Pfälzer und Mann vom Rhein auch daran erinnere, dass nur wenige Wochen später Charles de Gaulle noch in Straßburg das linke Rheinufer in seiner Gänze für Frankreich verlangte. Daran wird deutlich, wie visionär und klug Churchills Rede war.

Joseph Rováns Einsatz für die deutsch-französische Sache war in seiner Herkunft und in seinem Lebensweg angelegt. Er war Franzose, aber er war ein Franzose, der seine Wurzeln in Deutschland hatte. Er sah sich als „einen Franzosen, der einmal ein Deutscher war“, so beschrieb er sich selbst in seinen Memoiren. In seinem Leben spiegelt sich die wechselvolle Geschichte Frankreichs und Deutschlands in diesem Jahrhundert wider, die furchtbaren und die großartigen Kapitel. Joseph Rován wurde 1918 in München geboren, praktisch mitten in die damalige Revolution hinein. Er wuchs in einer protestantischen Familie jüdischer Abstammung auf, ging in Wien und Berlin zur Schule und folgte dann seinem Vater 1934 in die Emigration nach Paris. Rován absolvierte, wie sich das gehört, dann in Frankreich die hohen Schulen und beendete das Studium der Germanistik und der Politikwissenschaft mit glänzendem Erfolg. Er war 1939 als Soldat im Kriegsdienst und ging 1941 in Lyon zur Résistance; er

wählte nicht den einfachen Weg, sondern den gefährlichen. 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet, gefoltert und ins Konzentrationslager Dachau deportiert. Man muss sich an dieser Stelle einmal die Realität der Zahlen bewusst machen: Von den 2 400 Transporthäftlingen starben allein 900 auf der Fahrt ins Lager. Von dieser Zeit handeln Rovans 1987 veröffentlichte „Geschichten aus Dachau“ – ein Buch, das ich oft jüngeren Menschen ausgeliehen habe. Ich bin immer wieder von der ungeheuren pädagogischen Wirkung dieses Buches überrascht. Um die ganze Lebensleistung Joseph Rovans ermessen zu können, muss man sich vor Augen führen, dass es alles andere als selbstverständlich war, dass ein aus München, aus Deutschland stammender Jude, der das Konzentrationslager überlebt hatte, den Deutschen die Hand reichte. Joseph Rovans ist auf diese Art schon sehr früh, und zwar nicht zuletzt für junge Menschen wie ich damals einer war, zu einem Vorbild der Menschlichkeit geworden.

Nur fünf Monate nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Dachau rief er in einem damals viel beachteten Aufsatz zu einem menschlichen Umgang mit dem besiegten Deutschland auf. Er schrieb wörtlich: „Je mehr unsere Feinde die Züge des menschlichen Gesichts ausgelöscht haben, umso mehr müssen wir diese in ihnen selbst respektieren, ja sogar verschönern.“ Wenn man diese Botschaft liest, versteht man, was ihn, ungeachtet seiner konfessionellen Herkunft, zutiefst auch in seiner religiösen Überzeugung beschäftigt hat. Er hat diesen Satz ganz einfach in seinem Leben in die Tat umgesetzt. Er hat sich mit Leidenschaft und Energie als Mitarbeiter der UNESCO, als politischer Berater, als Publizist und als Hochschullehrer für die deutsch-französische Verständigung und vor allem für die Einigung Europas eingesetzt.

Die Aussöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich war auch eines der zentralen außenpolitischen Anliegen

gen Konrad Adenauers. Im Oktober 1949 bei seiner ersten Regierungserklärung nach seiner Wahl zum Kanzler sagte Adenauer im Bundestag sinngemäß: „Wir wollen nach diesen Jahren der nationalsozialistischen Barbarei wieder Frieden, Aussöhnung und Freundschaft mit allen unseren Kriegsgegnern von gestern. Wir wollen dies vor allem mit Frankreich, aber auch mit Polen und mit Israel.“ Der Aussöhnungsprozess fand seinen formellen Abschluss 1963 im Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag mit Adenauer und Charles de Gaulle in Reims. Dieser Vertrag war Ausdruck des Wunsches beider Völker, endgültig und unwiderruflich ein neues Kapitel in den Beziehungen aufzuschlagen. Und jetzt sage ich anknüpfend an meine kurze Eingangsbemerkung: Regierungen kommen und gehen, meine Damen und Herren; aber diese Praxis unserer Zusammenarbeit und unseres Miteinanders bleibt und wird heute von Millionen Menschen geteilt, auch wenn sie nicht jeden Tag neu diskutiert und formuliert wird. Diese Freundschaft ist im Laufe der Jahre zu einer Art Schicksalsgemeinschaft für unsere Völker geworden.

Und wie meistens bei Freundschaften gab es in diesen letzten vier Jahrzehnten auch Zeiten der Reibungen und Missverständnisse. Sie blieben nicht aus, nicht nur in unseren beiden Ländern, sondern auch bei unseren Freunden und Partnern. So war es für Margaret Thatcher schlicht ein Albtraum, dass die Deutschen und die Franzosen „miteinander kungelten“ und sie darüber keine Kontrolle hatte. Als ich nach meiner Wahl zum Kanzler und nach der Entwicklung der sehr persönlich-freundschaftlichen Beziehung zu François Mitterrand mit ihm vereinbarte, dass wir uns grundsätzlich und ungeachtet der jeweiligen Tagesordnung am Morgen vor Sitzungsbeginn trafen und miteinander sprachen, war es für Margaret Thatcher schlichtweg nicht vorstellbar, dass wir in dieser Zeit nicht die ganze Tagesordnung „abkarteten“

und gemeinsam die Schliche für die folgenden Verhandlungen überlegten. In Wirklichkeit sprachen wir meistens überhaupt nicht über die Tagesordnung.

Manche meinen, vor dieser engen Allianz zwischen Deutschland und Frankreich waren zu müssen. Doch haben sich diese Befürchtungen als haltlos erwiesen. Im Gegenteil, ich glaube man kann sagen und zwar mit einigem Stolz: Die deutsch-französische Freundschaft ist eine entscheidende Voraussetzung für den europäischen Einigungsprozess geworden. Hinzukommt, dass, solange die Deutschen und die Franzosen ihre Überlegungen zu Europa bis hin zur Planung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Mitte der 1980er Jahre miteinander besprachen, auch offen gegenüber und mit anderen Partnern, eine große Gewähr gegeben war, dass auch unsere amerikanischen Partner und Freunde diesen Weg mit Wohlwollen betrachteten. Gelegentlich begegneten sie dieser Entwicklung auch mit blankem Unverständnis. Denn wieso sollten eigentlich die Europäer nach 200 Jahren kriegsrischer Auseinandersetzungen plötzlich zu der Erkenntnis kommen, dass sie sich zusammenfinden müssen, um gemeinsam eine Union aufzubauen? Dies ist einer der Gründe, warum die Amerikaner solange brauchten, an die Einführung des Euro zu glauben. Und sie hätten nie geglaubt, dass der Euro einmal stärker sein würde als der Dollar.

Ein weiteres wertvolles Element zeichnet in meinen Augen die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen aus: Die Verpflichtung zur regelmäßigen Konsultation. Sie hat die Regierungen überdauert, und zwar gleich welcher parteipolitischen Ausrichtung. Und deswegen sage ich warnend auch für die Zukunft (über die Gegenwart will ich mich jetzt nicht äußern): Die Fragen, die hier anstehen, sind von einer Dimension, dass man sie über den nächsten Wahltag hinaus denken muss. Und dies wurde von Konrad Adenauer, Willy Brandt und in seiner eige-

nen Weise auch nicht zuletzt von Helmut Schmidt so praktiziert.

Der Freundschaftsvertrag zwischen unseren beiden Ländern wurde in der Folge besonders auf kulturellem Gebiet durch zahlreiche Initiativen, Partnerschaften und Projekte mit Leben gefüllt. Dazu gehört auch die Arbeit der insgesamt 230 Deutsch-Französischen Gesellschaften, der rund 1 900 Städtepartnerschaften und des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das seit 1963 über 5 Millionen junge Deutsche und Franzosen betreut hat. Ich würde es zutiefst bedauern, wenn wir bei diesen Aktivitäten nachließen. Diese Entwicklung war keinesfalls selbstverständlich, wenn man bedenkt, dass Frankreich noch vor fünf Jahrzehnten als unser Erzfeind galt. Und heute sind wir Freunde. Der Rhein als natürliche Grenze hat seine trennende Bedeutung verloren.

Die deutsch-französische Freundschaft ist zu einem Grundpfeiler der europäischen Zusammenarbeit geworden. Sie ebnete den Weg zur Europäischen Gemeinschaft und der späteren Europäischen Union. Aus der 1957 gegründeten Europäischen Gemeinschaft mit sechs Mitgliedstaaten ist eine Union von 25 Staaten geworden. Am 1. Mai 2004 folgte mit zehn Ländern die größte Erweiterung der EU in ihrer Geschichte. Allein acht der zehn neuen Mitgliedsländer lagen noch vor 20 Jahren jenseits des Eisernen Vorhangs, mit ihrem Beitritt zur EU ist die Wiedervereinigung Europas endgültig vollzogen. Darauf haben wir lange gewartet und lange hingearbeitet. Neben der Erweiterung der EU war die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung des Euro am 1. Januar 2002 der entscheidende wichtige Schritt. Heute steht fest, dass die Europäische Union dank des Euro zu einem attraktiven Wirtschaftsraum geworden ist. Der Euro ist schon jetzt eine Erfolgsgeschichte, und er hat sich neben dem Dollar und dem Yen als wichtigste Währung der Welt etabliert. Der Euro hat den europäischen Einigungsprozess irreversibel

gemacht, die Wirtschafts- und Währungsunion ist unumkehrbar geworden. Und mit der Einführung des Euro und der Erweiterung der Europäischen Union sind zwei zentrale Bauabschnitte im Hause Europa abgeschlossen worden.

Meine Damen und Herren, ich persönlich bin ganz sicher, dass wir – ungeachtet der jetzigen Debatte – innerhalb des ablaufenden Jahrzehnts erleben werden, dass Bulgarien und Rumänien als weitere Mitglieder diesem Hause Europa beitreten. Ich sehe dazu keine Alternative. Überhaupt werden wir innerhalb der nächsten zehn Jahre in der Frage der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien sehr viele wichtige Entscheidungen zu treffen haben, die keine Verzögerung vertragen.

Wir dürfen allerdings, das sage ich auch, die Europäische Union nicht überdehnen. Sie hat aus meiner Sicht geographische und geschichtlich begründete Grenzen. Auch in der erweiterten Union gilt das Prinzip, dass jedes Land eine Stimme hat. Es darf kein großes Direktorium der großen gegen die kleinen Staaten geben. Wir brauchen, so schwer das sein mag, ein gleichberechtigtes Miteinander. Vieles von dem, was ich in diesem Bereich der Außenpolitik gelernt habe, habe ich von Konrad Adenauer. Und er hat uns Jüngeren gelegentlich Ratschläge mitgegeben, die wir zunächst überhaupt nicht verstanden. Einer dieser Ratschläge war immer, dass wir darauf achten müssten, mit den Luxemburgern „gut zurande zu kommen“. Sie hätten zwar nur 400 000 Einwohner; aber wenn sie über uns Deutsche gut redeten, dann habe dies weitreichende, positive Wirkungen. Ich habe in meinem späteren politischen Leben erlebt, auch bei der Frage der Wiedergutmachung für die vielen Opfer, die Luxemburg durch das Dritte Reich erlitten hatte, dass dieser Ratschlag gut war.

Und wenn jetzt die baltischen Staaten oder die Slowaken freundlich über uns reden, dann ist dies eine gute Entwicklung. Wenn ein Land mit seinen Schwierigkeiten wie die

Slowakei jetzt auf uns schaut und wir ihm helfen – nicht im Sinne einer Vormundschaft –, dann trägt das reiche Früchte. Dagegen wird es keine reichen Früchte tragen, wenn der Élysée-Palast und auch Berlin den Slowaken, die ihre Steuersätze gesenkt haben, um konkurrenzfähig zu werden, entgegenhalten, dies verzerre den Wettbewerb und sei deshalb nicht akzeptabel. Diese Kritik ist sehr dreist. Denn wie sollen denn die Slowaken je auf einen grünen Zweig kommen, wenn sie nicht konkurrenzfähig werden? Und konkurrenzfähig werden sie durch ihre Arbeit und durch günstige Produktionsbedingungen. Man kann ja auch die umgekehrte Frage stellen: Ist es nicht unser Fehler, dass unsere Steuersätze zu hoch sind? Das ist eine berechtigte Frage.

Das Direktorium der Großen gegen die Kleinen sehe ich noch aus einem anderen Grund problematisch, und es ist mir unverständlich, warum dieser Aspekt nicht mehr in der Diskussion auftaucht: Wer heute Europapolitik macht, der muss von einfachen Tatsachen ausgehen. Und eine Tatsache ist, dass im heutigen Europa, quer durch alle Völker, ungefähr ein Viertel bis ein Drittel der lebenden Menschen in irgendeiner Form noch das Dritte Reich erlebt haben. Diese Erinnerung lebt, selbst, wenn sie verblasst ist, schlagartig wieder auf, wenn es heißt, die Deutschen wollten wieder eine Vormachtstellung einnehmen. Doch wir sind dazu gänzlich ungeeignet. Wir brauchen als Deutsche nicht immer gebückt herumlaufen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, wer wir sind. Denken Sie nur an das zurückliegende Gedenken an die Befreiung von Auschwitz vor 60 Jahren. Es ist unsere Geschichte, mit guten wie mit schlechten Zeiten. Wir können uns als Deutsche auch nicht von ihr distanzieren, indem wir sagen, wir waren zu jung oder wir waren nicht dabei. Sondern sie bleibt unsere gemeinsame Geschichte.

Von mir aus können die Franzosen und die Verantwortlichen in der Downing Street

ein Direktorium ins Leben rufen, wenn sie es für richtig halten; aber wir Deutschen müssen uns dem nicht anschließen. Wir brauchen heute in Europa ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Mitgliedstaaten. Dies ist umso notwendiger, als zwei Drittel der 25 Mitgliedstaaten nur zehn oder weniger als zehn Millionen Einwohner haben – gegenüber 82 Millionen auf unserer Seite. Im Übrigen lässt sich die Bedeutung eines Mitgliedstaates nicht allein an seiner Einwohnerzahl messen. François Mitterrand und ich waren immer der Auffassung, dass es mehr auf das Kriterium der Qualität als auf das der Quantität ankomme.

Ein gutes Beispiel dafür ist Österreich. Obwohl es zu den kleineren Ländern in der EU gehört, ist es im Bereich der Kultur eine Weltmacht. Umso beschämender war es, als im Jahre 2000 14 EU-Regierungen Sanktionen gegen Österreich beschlossen, weil die FPÖ an der Regierung in Wien beteiligt wurde. In Italien hat man sich später zu einem ähnlichen Vorgehen nicht getraut. Das war in Wahrheit die pure Angst vor dem viel größeren Land.

Wir sollten aus solchen Fehlern lernen!

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden ist ein Rückschlag. Ich sage Ihnen aber aus meiner Erfahrung: Diese Referendumsergebnisse sind keine Katastrophe! Bei der Einigung Europas ging es oft zwei Schritte vor und einen zurück. Doch mit Zielstrebigkeit und Ausdauer sind wir weitergekommen. Bei dem Referendum in Frankreich lohnt ein Blick in die französische Geschichte: Die Franzosen haben den mächtigen Charles de Gaulle, den Retter der Nation, über ein Referendum zu Föderalismusfragen in den Ruhestand geschickt. Jeder wusste, dass es bei der damaligen Debatte natürlich nicht allein um Föderalismusfragen ging, das heißt, ob die Elsässer und die Lothringer mehr Rechte gegenüber Paris bekommen sollten. Salopp gesagt ging es der Mehrheit der Men-

schen eher darum, de Gaulle zu schädigen. Oder einfacher ausgedrückt: Man wollte ein neues Gesicht sehen.

Und wer in einem Augenblick per Referendum die Frage stellt wie in Frankreich, wo auf Vorschlag der Regierung ein Gesetz beschlossen wurde, das für den Fall eines Beitritts der Türkei in zehn, fünfzehn Jahren eine eigene Volksabstimmung in Frankreich zu diesem Beitritt in Aussicht stellt, der muss wissen, dass er damit Appetit geweckt hat, bei jeder europäischen Abstimmung die Türkeifrage zu stellen. Ich habe nicht die Absicht, hier die Türkeifrage länger zu diskutieren, weil ich zu denjenigen gehöre, die an eine Abstimmungsmehrheit für den Beitritt der Türkei nicht glauben.

Die Aufgabe, die uns jetzt vordringlich beschäftigen muss, besteht darin, die Akzeptanz des europäischen Projektes bei den Bürgern zu stärken. Das sagt sich leicht; aber wenn man mit den Kollegen im Europäischen Parlament spricht, über ihre Erfahrungen im Kontakt mit den Bürgern im Land, im Werben vor Ort, in Versammlungen der eigenen Parteien, dann weiß man, dass die Stärkung der Akzeptanz ungeheuer schwierig ist. Wir laufen Gefahr, dass die EU für jeden denkbaren Ärger verantwortlich gemacht wird. Ich gebe gerne zu, dass an der Kritik an Brüssel etwas dran ist, aber eben nur zum Teil. Ich hab es selbst als Bundeskanzler erlebt und im Übrigen vorher auch als Ministerpräsident, dass ein Großteil der Vorwürfe gegenüber Brüssel wegen bestimmter Entscheidungen in Wirklichkeit nationale Ursprünge hat. Die innerhalb einer nationalen Regierung abgelehnte Vorlage eines Ministers führt nicht selten über den Weg des Europäischen Parlamentes zu einer Empfehlung an die Kommission, in dieser oder jener Frage endlich tätig zu werden. Und dann taucht plötzlich über Umwege die gleiche Sache, die früher in Bonn oder jetzt in Berlin gescheitert war, wieder auf der nationalen Ebene auf. Jacques Delors hat sich eine diebische

Freude daraus gemacht, in einer Art kleinem Tagebuch festzuhalten, wo die Kommission aus seiner Sicht zu abwegigen Entscheidungen gekommen war und wo jeweils der Ursprung zu dieser Entscheidung in einem bestimmten Mitgliedsland lag.

Bei den Fragen der Akzeptanz Europas durch die Bürger ist meiner Meinung nach ein Aspekt ein wenig in den Hintergrund getreten: die Frage der inneren Sicherheit. Ich glaube, wenn es zu einer krisenhaften Entwicklung der EU kommt, wird einer der nächsten Punkte die Frage der inneren Sicherheit sein. Das liegt in der Natur der Sache: Wir sind heute von der Währung her gesehen eines der interessantesten Gebiete in der Welt. Mit dieser Währung hier in Europa kann man gute Geschäfte machen. Europa ist, gemessen an anderen Ländern der Welt, ein reicher Kontinent mit vielen reichen Gegenden. Europa ist somit ein Anziehungspunkt für alle mafiosen Strukturen, ob es nun um Menschenhandel geht oder um Waffenhandel. Diese Organisationen und Banden verfügen über genügend Geld und verfolgen ihre Ziele mit großem Erfolg. Und diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen. An diesem Punkt werden sich viele Menschen sagen: Ich zahle meine Steuern für die Gewährleistung der äußeren und auch der inneren Sicherheit, und deshalb möchte ich Erfolge sehen. Und ich bin absolut sicher, dass alles, was zu einer Verstärkung der inneren Sicherheit beiträgt, in vielen Fällen nur möglich sein wird mit einem Abbau an nationaler Souveränität. Keiner will gern zugeben, dass die eigene Polizei und ihre Organisation nicht hinreichend ausgerüstet sind. Angesichts der schlimmen Kriminalitätsentwicklung hat man gelegentlich den Eindruck, dass, überspitzt formuliert, die zuständigen Stellen der Behörden in der Fußball-Kreisliga spielen und die Akteure der mafiosen Strukturen auf Weltklassenniveau.

Das zweite Element neben der inneren Sicherheit ist für mich die Frage der gemeinsa-

men Außenpolitik. In dieser Hinsicht soll man sich allerdings keine Illusionen machen. Die Vorstellung – und das hat nichts mit dem Europäischen Verfassungsvertrag zu tun –, dass wir sozusagen über Nacht auf ein ganz anderes Level der gemeinsamen Außenpolitik kommen könnten, ist abwegig. Das können Sie schon an den täglichen Berichten aus Afrika erkennen. Nahezu alles, was Sie heute an Konflikten in Afrika beobachten können, hat seinen Ursprung im Kolonialzeitalter, so zum Beispiel die völlig unsinnige Festlegung der Grenzen. Ich habe während meiner Laufbahn oft und nicht ohne Unmut Stunden im Europäischen Rat damit verbracht, mir die damit verbundenen Probleme anzuhören. Ich musste mir in diesen Momenten immer wieder sagen, dass ich dazu schweigen sollte. Denn dass wir keine Kolonien hatten, beruhte ja nicht auf unserer moralischen Überzeugung, sondern auf der Tatsache, dass wir den Ersten Weltkrieg verloren haben. Deswegen haben wir als Deutsche Nation viele Dinge so nicht erlebt wie andere Nationen. So haben die Niederländer, die Belgier, die Franzosen und die Briten, die Portugiesen, die Spanier und die Italiener zu diesem Thema jeweils ihre eigenen Standpunkte, die auf alten Erfahrungen basieren und mit erheblichen wirtschaftlichen Interessen verknüpft sind. Wer also jetzt das Banner der Einigkeit schwenkt und die Umsetzung einer gemeinsamen Außenpolitik für übermorgen fordert, verkennt diese Realitäten.

Meine Damen und Herren, das Europa, von dem ich spreche, ist nicht nur ein Europa der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es ist vor allem ein Europa der Kultur. Dieses Europa, das wir gebaut haben und weiterbauen, beruht auf geistigen Grundlagen, zu denen die Tradition und die Werte der Antike, des Christentums und der Aufklärung gehören. Und ich möchte noch hinzufügen, dass die Einigung Europas nicht nur eine Sache des Verstandes ist. Dieses Eu-

ropa lässt sich nur bauen mit einem Stück Emotion, als eine Sache des Herzens. Man kann es auch auf die Formulierung bringen: Man muss Europa lieben. Ich glaube, dass die gemeinsame Kultur unseres Kontinents eine starke Quelle der Entwicklung der europäischen Idee ist und bleibt. Und wenn man sich noch einmal die frühen 1950er Jahre mit Konrad Adenauer, Robert Schuman, Jean Monnet und vielen anderen vor Augen führt, dann muss man feststellen – und das gilt auch nach den beiden Volksabstimmungen –, die Lage gab keinesfalls Anlass zu der Annahme, „das mit Europa wird morgen etwas“. Diejenigen, die daran glaubten, galten als Visionäre, und für mich ist es auch die persönlich wichtigste Erfahrung, dass die Visionäre die eigentlichen Realisten sind.

Wir reden die ganze Zeit, ohne viel seinen Namen zu nennen, von Joseph Rován. Er war ein Visionär. Seine Beschreibung, wie er mit einem Handwagen nach den Angriffen auf München einem SS-Mann half, aus seiner zerbombten Wohnung die übrig gebliebenen Matratzen herauszuholen, ist faszinierend. Sie schildert, wie es ja seine Intention war, eine Zwischenstation zu einem größeren Ziel: Rován glaubte an die deutsch-französische Verständigung, er hat ein Leben lang dafür gearbeitet. Er ist ein Teil unserer Geschichte. Und wenn heute tausende junger Franzosen ganz selbstverständlich bei uns in Deutschland studieren, ihrem Beruf nachgehen, und umgekehrt Deutsche in Frankreich, dann realisieren wir, dass aus dem Traum eine Realität geworden ist. In Diskussionen mit Studenten, die ich in großer Anzahl wahrnehme, sage ich gerade den Jungen: Ihr könnt euch noch so sehr über den Zustand der EU erhitzen und darüber, was noch alles geschehen muss. Aber setzt euch doch einmal in euer Auto und fahrt von Saarbrücken über die Route Nationale in Richtung Paris bis auf die Höhe von Verdun. Und dann zählt die 17 großen Wegweiser zu den Soldatenfriedhöfen 1870–71, 1914–18 und 1939–45. Wir wollen

die Toten ehren, wir wollen auch diese Soldatenfriedhöfe pflegen, aber wir wollen nie wieder neue Soldatenfriedhöfe anlegen müssen. Die werden wir nur vermeiden können, wenn wir auf diesem, wie ich zugebe, mühsamen Weg eines geeinten Europas weiter vorankommen. Machen wir uns gelegentlich bewusst, was es heißt, dass es heute eine deutsch-französische Brigade gibt. Sie wäre noch für meinen Vater völlig unvorstellbar gewesen. Aber er hätte sich auch nicht vorstellen können, mit den Italienern eine gemeinsame Währung zu haben.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen: In den 1980er Jahren kamen wir in Verhandlungen mit den Niederländern zu dem Ergebnis, dass wir eine gemeinsame militärische Einheit aufbauen könnten. Ich war nicht davon überzeugt, dass die Niederländer da mitmachen würden. Doch dann haben sie ihr Heer in diese erweiterte Division eingebracht, mit Ausnahme des Personals für die Häuser der Königin. Der Streit, der dann sofort darüber entstand, dass die Deutschen den Oberbefehl bekommen sollten, da sie eine größere Anzahl Soldaten eingebracht hätten, wurde mit einem vernünftigen Vertrag gelöst: Dieser legte fest, dass der Oberbefehl alle fünf Jahre wechseln würde. Und wenn ich mich richtig erinnere, haben wir jetzt den vierten deutschen Kommandeur dort, und kein Mensch redet mehr darüber. Das ist inzwischen mit den Niederländern ein Stück Selbstverständlichkeit geworden.

Ich empfinde dies alles als eine Vollendung der Ideen von Joseph Rován. Er war ein Ratgeber, ein Mahner, ein Vordenker und ein Visionär. Viele von uns im Saal, auch ich persönlich, verdanken ihm viele Jahre des Rates, der Hilfe, der Unterstützung und der Freundschaft. Man kann es vielleicht so sagen: Joseph Rován war ein Glücksfall – für die Franzosen, für uns Deutsche und für die Europäer. Deswegen bin ich allen dankbar, die auch nach seinem Tod dieses Erbe pflegen. Nicht nur, indem man sich am Todestag daran erinnert,

sondern indem man in der politischen Praxis, ich sage das den hier anwesenden Kollegen aus dem Parlament, allen Sparzwängen zum Trotz, immer wieder darüber nachdenkt, was für die Schülerbegegnungen, für das Jugendwerk und vieles mehr getan werden kann, damit wir auf dem gemeinsamen Weg weiterkommen.

Meine Damen und Herren, bei Kriegsende war ich 15 Jahre alt und hörte von den Erwachsenen immer wieder den gleichen Satz: Das ist die Stunde Null, wir kommen nicht mehr auf die Beine. Dennoch sind wir wieder auf die Beine gekommen. Wenn ich das so

bedenke, sehe ich wieder Joseph Rován vor mir stehen und denke: Der Mann hatte Recht. Mit seinem Leben hat er ein Signal gesetzt. Und ich möchte uns, ich schließe mich hier ein, auffordern, dass wir uns von Joseph Rován immer wieder inspirieren lassen und für die deutsch-französische Freundschaft aktiv bleiben. Es ist wichtig, dass wir uns bewusst machen, dass Frankreich und Deutschland im Hause Europa zwei Säulen sind, die existenziell sind für den Gesamtbau. Und wenn wir das so begreifen, denken wir mit Recht an Joseph Rován.